

12. Systemvertrauen und Journalismus im Neoliberalismus

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde ein grundlegendes Systemvertrauensverständnis auf Basis von Schimanks akteurzentrierter Differenzierungstheorie entwickelt und zudem die erste Leitfrage nach dem Einfluss von Systemvertrauen auf Prozesse der Sozialreproduktion beantwortet. Offen geblieben ist die zweite Leitfrage der Arbeit, die die Bedeutung des Journalismus für die Konstitution systemischen Vertrauens in der Gegenwartsgesellschaft betrifft. Zu Beginn des zweiten Teils der Arbeit wurde daher zunächst das Journalismussystem vorgestellt. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der sozialintegrativen Bedeutung des Journalismus für die differenzierte Gesellschaft im Allgemeinen. Der Status Quo seiner sozialintegrativen Leistungsfähigkeit sowie seine Relevanz in Systemvertrauensprozessen ließen sich jedoch nicht losgelöst von der dominanten Vergesellschaftungsform in der funktional differenzierten kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft untersuchen, sodass die Darstellung neoliberaler Regierungs- und Subjektivierungsweisen ergänzt wurde.

Das folgende Kapitel führt die losen Enden der bisherigen Argumentation zusammen, indem zunächst die Voraussetzungen von Systemvertrauen als besonderer Form einer Teilsystemprägung herausgearbeitet werden. In diesem Zusammenhang zeichnen sich die Konturen des gesellschaftlichen Vertrauensintermediärs Journalismus ab. Nachfolgend wird die Kernproblematik der neoliberalen Vergesellschaftung rekapituliert, welche eine vertrauensvolle Teilsystemprägung herausfordert. Außerdem wird danach gefragt, wie sich der Journalismus in der jüngeren Vergangenheit hierzu verhalten hat. Abschließend werden Krisensymptome der gegenwärtigen Sozialintegration im Neoliberalismus benannt. Einige Thesen in diesem Kapitel profitieren erneut von Ergebnissen der *IfK-Trendstudie*¹.

1 Eine knappe Methodenbeschreibung findet sich in Kapitel 11.2.

12.1 Unbestimmtheitslücke als Voraussetzung für Systemvertrauen

Dass sich Vertrauen nicht erzwingen lässt, ist – normativ gesehen – Fluch und Segen zugleich. Trotz umfassender Versuche lässt es sich nicht für Partikularinteressen instrumentalisieren. Die verpassten Chancen liegen in der Kompensation von Desintegrationserfahrungen, den Möglichkeiten intentionaler Strukturgestaltung und nicht zuletzt auch in seinem humanistischen Wert. Es hat seinen Grund, warum Vertrauen gerade in Zusammenhang mit Krisensymptomen besprochen wird (vgl. Endreß 2010: 91), denn nicht selten wird eine Stärkung einer bestimmten Teilsystemautonomie erhofft.

Vertrauen hat sich mit der Einsicht seiner Unverfügbarkeit jedoch keineswegs für die weitere Diskussion erledigt. Unverfügbarkeit ist weder bei Hartmut Rosa noch in dieser Arbeit eine absolute Kategorie. Sie hat selbst Voraussetzungen – und diese können sehr wohl intentional herbeigeführt werden. Gelingt dies, sind die *notwendigen Bedingungen* für Systemvertrauen erfüllt, auch wenn die *hinreichenden Bedingungen* unverfügbar bleiben.

Rosa sucht nach Worten, wenn er Resonanzerfahrungen an ›Halbverfügbarkeit‹ oder ›qualifizierte Unverfügbarkeit‹ knüpft (vgl. Rosa 2018: 48ff.). Ein gewisser Grad an Verfügbarkeit muss vorhanden sein, denn sonst käme überhaupt keine Beziehung zustande, weil das Gegenüber gar nicht *erreichbar* ist.

»Erreichbarkeit impliziert erstens die prinzipielle Möglichkeit zur ›Kontaktaufnahme‹, das heißt zur Herstellung einer inneren, als bedeutsam erfahrenen Verbindung, zweitens die Erfahrung oder zumindest Erwartung eigener Selbstwirksamkeit – das Gegenüber, mit dem ich in Kontakt trete, lässt sich von mir erreichen – und drittens das Element der Responsivität in der Wechselwirkung: Das Ich und die Welt scheinen einander in der Erfahrung von Resonanz zu antworten.« (Ebd.: 65f.)

Rosas Phänomenologie ist durchaus kommensurabel mit der hier verwendeten Theoriesprache, wie in Kapitel 9.3 gezeigt wurde. Eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem Beziehungsobjekt ist dann gegeben, wenn die teilsystemische Adressierung ein Gesellschaftsmitglied erreicht, also zur Kenntnis genommen wird. Wie im Kontext ungleicher Inklusionsverhältnisse festgestellt wurde, ist die Chance, angerufen zu werden, längst nicht immer gegeben (s. Kapitel 10.3.2). Sie muss eröffnet werden. Zudem kann eine Grundlage für die vertrauensvolle Fiktion teilsystemischer Zugangspunkte – im Zitat oben die wechselseitige Responsivität – dadurch geschaffen werden, dass Teilsystemrepräsentant*innen, also Leistungsrollenträger*innen, als solche für das Vertrauenssubjekt sichtbar sind.

An die Erwartung von Selbstwirksamkeit sind hohe Anforderungen gestellt. Um diese ausbilden zu können – und zwar möglichst in Bezug auf alle Teilsysteme

– ist eine sinnerfüllende, stabilisierende Identitätsbildung im Exklusionsbereich notwendig (s. Kapitel 10.4). Wer sowohl offen genug als auch geschlossen genug sein will, um in seiner Antwort auf die teilsystemische Adressierung Wirksamkeit unterstellen zu können, muss die vielfältigen teilsystemischen Zugriffe und Rollenkonflikte biographisch integrieren können. Welche enorme Herausforderung sich hier stellt, lässt sich anhand der teilsystemischen Tendenz der Verfügbarmachung, dem Gegenbegriff des Unverfügbaren, verdeutlichen.

Das Verfügbarmachen ist nach Rosa (2018) ein zentraler Bestandteil moderner Dynamiken (s.a. Bauman 2012, 2015). Was bei Rosa *Weltreichweitenvergrößerung* heißt, ist bei Schimank (2015) die moderne Fortschrittsidee, die teilsystemisch spezifiziert wird. Die vier Dimensionen des modernen Strebens nach Verfügbarkeit – Sichtbarkeit, Erreichbarkeit, Beherrschbarkeit, Nutzbarkeit –, die Rosa (2018: 21ff.) identifiziert, beschreiben ebenso die Tendenz der Teilsystemoperationen: Die binären Codes sind »nicht-teleologisch« (Schimank 2007d: 248), das heißt, es gibt keine »immanenten Stoppregeln« (Schimank 2005b: 174) für die Systemoperationen. Die Teilsysteme sind also auf *immer mehr und immer weiter* ausgerichtet. Die Exklusionsindividualität ist daher mit dem Problem konfrontiert, dass sie vielfältige teilsystemische Zugriffe bearbeiten muss, wobei jede Adressierung für sich genommen bereits einen universalen Anspruch verfolgt.

Eine erfolgreiche Synchronisation dieser rollenförmigen Anrufungen ist nur möglich, wenn die Exklusionsindividualität nicht ihre ganze Aufmerksamkeit der Bewältigung erlebter Ungleichheiten widmen muss, die sich im Exklusionsbereich verdichten. Mit anderen Worten kann es nur zu einer gesellschaftsstabilisierenden Identitätsbildung kommen, wenn es auch eine *gesellschaftliche Unbestimmtheitslücke* (vgl. Vobruba 2014: 271) im Exklusionsbereich gibt, die von der Bewältigung von Deprivationserfahrungen ausgenommen ist. Es geht also um die Frage, wie viel Autonomie den Desintegrierten bleibt, um die Konflikte und Anforderungen ihrer multiplen Partialinklusionen lösen zu können. Nach Vobruba wird man im Vergleich von Personen *mit* versus *ohne* soziale Absicherung feststellen, »dass soziale Sicherheit Handlungsspielräume eröffnet, in derer Rahmen individuelles Handeln systemisch schwächer determiniert ist als in einer Situation ohne soziale Absicherung« (ebd.). Soziale Sicherheit entlastet von der Notwendigkeit, permanent die Bedingungen zur Realisierung der eigenen Lebenschancen verbessern zu müssen. »Dort, wo das ›Reich der Notwendigkeit‹ endet und das ›Reich der Freiheit‹ beginnt, sind diese reflexiven Interessen zeitweise nicht länger handlungsbestimmend, weil ihre vorherige Verfolgung sich selbst transzendiert hat« (Schimank 2005b: 216).

Angenommen wurde, dass die Teilsystemorientierung von der Leistungsbeurteilung des Systems in Hinblick auf eine Anspruchsbefriedigung und Funktionserfüllung abhängt. Am Beispiel des Journalismussystems wurde gezeigt, dass das Inklusionsverhältnis des journalistischen Publikums durch alle drei Kontextrelationen beeinflusst wird, welche die sozialen Lagen konstituieren (s. Kapitel 10.3.2).

Fehlt eine grundlegende *sozialräumliche Autonomie* (Weiß 2017), sind es nicht nur unbefriedigte Ansprüche eines spezifischen Inklusionsverhältnisses, die zur Bewertung desselben herangezogen werden. Wer aufgrund seines Inklusionsprofils insgesamt wenig Lebenschancen hat, ist in seinem Handeln soweit von bestimmten Systemen determiniert, dass er bei der Leistungsbeurteilung der übrigen Systeme seine Deprivationserfahrungen nicht ausblenden wird. Deshalb kann sich die Untersuchung von Systemvertrauen auch nicht darauf beschränken, die systemeigenen Leistungen des interessierenden Systems in den Blick zu nehmen.

Hinweise auf den postulierten Zusammenhang zwischen Deprivationserfahrungen und teilsystemischer Leistungsbeurteilung gibt es in den Befunden der *Ifk-Trendstudie*. Sie ergeben ein einheitliches Bild (s. Tabelle 8): Erstens hängen Deprivationen wirtschaftlicher und sozialer Art signifikant zusammen. Zweitens sind die systemischen Leistungsbeurteilungen nicht unabhängig voneinander, das heißt, es gibt signifikante mittelstarke bis hohe Korrelationen zwischen dem ›Systemvertrauen‹ in Wissenschaft, Politik und Medien. Drittens korrelieren die Deprivationserfahrungen signifikant negativ mit dem ›Systemvertrauen‹. Personen, die sich sozial benachteiligt fühlen und ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, bescheinigen den Systemen schlechtere Leistungsbilanzen.

Zusätzlich gibt es einen Hinweis auf die überindividuelle Leistungsbewertung: Die Einschätzung zur Lage der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland korreliert signifikant und hoch mit dem ›Vertrauen‹ in die Politik sowie moderat mit dem ›Vertrauen‹ in die Wirtschafts- und Politikberichterstattung.

12.2 Journalismus als Vertrauensintermediär der Gesellschaft

In der Vertrauensliteratur wird immer wieder die Rolle gesellschaftlicher Vertrauensintermediäre hervorgehoben, die zwischen unterschiedlichen Ebenen des Sozialen vermitteln (vgl. Endreß 2010: 93f.). Als Kandidat hierfür kommt insbesondere der Journalismus infrage (vgl. Kohring 2008; Blöbaum 2014: 28ff.). Wird der Begriff in einem engen Sinne so verstanden, dass eine Vertrauensbeziehung zwischen zwei Parteien durch eine dritte Partei intentional und (unter Kontrolle bestimmter Randbedingungen) mit einer angebbaren Erfolgswahrscheinlichkeit herbeigeführt wird, widerspricht er dem Vertrauensverständnis dieser Arbeit. Hier wird er dagegen weit interpretiert. Ein Vertrauensintermediär ist demnach eine soziale Instanz, die vertrauensnotwendige Bedingungen schaffen kann. In der bisherigen Argumentation hat sich bereits ein Zusammenhang zwischen dem Empfang journalistischer Leistungen und den Bedingungen der Möglichkeit systemischen Vertrauens angekündigt, der im Folgenden ausgeführt wird.

In den 1970er Jahren formulierten Ball-Rokeach und DeFleur (1976) ihre These einer sozialstrukturell bedingten Abhängigkeit der Gesellschaftsmitglieder von

Tabelle 8: Soziale Lage und Institutionenvertrauen

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1 Subjektiver Sozialstatus	1										
2 Soziale Deprivation	*** -,43	1									
3 Wirtschaftlich Deprivation	*** -,44	*** ,58	1								
4 Soziale Gerechtigkeit in Deutschland	*** ,29	*** -,32	*** -,28	1							
5 Zufriedenheit	*** ,41	*** -,36	*** -,35	*** ,41	1						
6 Vertrauen in Wissenschaft	*** ,22	*** -,17	*** -,20	*** ,22	*** ,20	1					
7 Vertrauen in Politik	*** ,25	*** -,20	*** -,21	*** ,48	*** ,23	*** ,35	1				
8 Vertrauen in Medien	*** ,18	*** -,16	*** -,15	*** ,28	*** ,15	*** ,46	*** ,61	1			
9 Vertrauen in Journalisten	*** ,16	*** -,14	*** -,15	*** ,30	*** ,18	*** ,45	*** ,56	*** ,75	1		
10 Vertrauen in Politikberichterstattung	*** ,12	*** -,13	*** -,11	*** ,38	*** ,19	*** ,34	*** ,50	*** ,58	*** ,53	1	
11 Vertrauen in Wirtschaftsberichterstattung	*** ,16	*** -,15	*** -,13	*** ,38	*** ,24	*** ,36	*** ,42	*** ,47	*** ,44	*** ,65	1
M	5,49	2,85	2,62	3,19	2,42	2,91	4,60	3,93	3,93	2,53	2,38
SD	1,67	,99	,97	1,18	1,03	1,42	1,77	1,68	1,59	,82	,78

*** p < 0,01, ** p < 0,001; bivariate Pearson-Korrelationen (N = 975-1014); Items und Skalen: s. III.1, III.2, V, VI.2 bis VI.5, VII und XII.1 und XII.2 im Anhang

massenmedial vermittelten Informationen, welche sie in den darauffolgenden Jahrzehnten zu der *Media System Dependency Theory* (vgl. Ball-Rokeach 1985, 2009) ausarbeiteten.² Ihre Theorie, als soziologisch informierter Rahmen zur Untersuchung von Medienwirkungen gedacht, ist in der Wirkungsforschung mittlerweile dem *Cognitive Turn* zum Opfer gefallen – Akteurpräferenzen zur Erklärung von Mediennutzung und -wirkung werden nun in der Regel nicht bis zu ihrem gesellschaftlichen Ursprung hin verfolgt (beispielhaft: Uses-and-Gratifications-Ansatz). Ball-Rokeachs und DeFleurs These, nach der die individuelle Abhängigkeit von medialen Leistungen an den gesellschaftlichen Status gekoppelt ist, der den Medien in der Gesellschaft zukommt, scheint in der heutigen hoch medialisierten Gesellschaft (vgl. Couldry/Hepp 2017) allerdings umso mehr zuzutreffen. Den Studienergebnissen von Burzan und Kolleg*innen (2008) nach, ist die Inklusion ins System der Massenmedien (bzw. des Journalismus) obligatorisch. Auf die Frage, warum Gesellschaftsmitglieder vom Journalismus abhängig sind, wurde mit den sozialintegrativen Leistungen des Journalismus geantwortet.³ Diese können an dieser Stelle mit Blick auf zwei der wichtigsten o.g. Voraussetzungen für Systemvertrauen aktualisiert werden: a) Erreichbarkeit und b) Identitätskonstruktion.

a) Die Adressabilität der Gesellschaftsmitglieder ist nicht voraussetzungslos. Gäbe es keinen Journalismus, so lässt sich mit Luhmann sagen, hätten die generalisierten Kommunikationsmedien eine äußerst beschränkte Reichweite. Burzan et al. (2008) folgend, ist der Journalismus das einzige Teilsystem, das indirekt Inklusionsverhältnisse in alle Teilsysteme herstellen kann. Täglich kommen unzählige episodische und in der Regel asymmetrische Kommunikationsverhältnisse zwischen Akteur und gesellschaftlichen Teilsystemen nur dadurch zustande, dass der Journalismus teilsystemische Publikumsbezüge herstellt (vgl. Blöbaum 1994). Auf einer basalen Ebene hält der Journalismus die Teilsystemprägung in Gang, da in der alltäglichen Berichterstattung ständig auch teilsystemische Handlungslogiken und Symbole (»Schlüsselreize«) auftauchen, die die Gültigkeit der Akteurfiktionen immer wieder aktualisieren.

b) Im Anschluss an Serong (2017) ermöglicht der Journalismus durch die Herstellung von Öffentlichkeit eine Bündelung und Synchronisierung der Rollenbezüge im Exklusionsbereich. Es ist keine andere gesellschaftliche Instanz in Sicht, die systematischer eine Interdependenzbeobachtung betreibt (vgl. Kohring 2016). Durch die Teilnahme an Öffentlichkeit kann es einem Individuum möglich werden,

2 Im Kontext der oben aufgeworfenen Frage zum journalistischen Inklusionsstatus radikaler Medienkritiker*innen ist der empirische Zusammenhang zwischen Medienskepsis und der Alternativmediennutzung interessant, den Jakob (2010) in einer Studie festgestellt hat. Seine Befunde deuten zudem an, dass hier nicht von einem absoluten Verdrängungsverhältnis ausgegangen werden kann.

3 Diese Fokussierung schließt selbstverständlich nicht aus, dass der Journalismus noch weitere gesellschaftlich unverzichtbare Leistungen erbringt.

sich mit seinen Inklusionsrollen ins Verhältnis zu setzen, selektive Teilsystemzugriffe auf die eigene Person als solche zu erkennen und Konflikte selbstregulierend zu lösen. Außerdem kann es zu öffentlichen Akteurkonstellationen kommen, die eine Verständigungsebene für Interessenskonsense schaffen. Auf Grundlage journalistischer Vermittlung sind daher öffentliche Koalitionsbildungen in den Inklusionskämpfen möglich. Der Journalismus kann ein Zustandekommen einerseits dadurch begünstigen, dass er die ungleiche Ressourcenverteilung und die Konfliktthemen zu seinen Berichterstattungsgegenständen macht. Andererseits kann er durch eigene Inklusionsleistungen die Bedingungen einer aktiven Publikumsteilnahme an Öffentlichkeit verbessern und die Sichtbarkeit seiner eigenen systemischen Zugangspunkte erhöhen. Obwohl die tatsächliche Realisierung von Vertrauensbeziehungen kontingent bleiben muss, kann der Journalismus aufgrund seiner sozialintegrativen Leistungen in einem weiten Sinne als wichtigster Systemvertrauensintermediär der Gesellschaft gelten.

Außerdem wird hier noch einmal deutlich, dass die Sozialintegration qua Journalismus unmittelbar mit der Systemintegration in der funktional differenzierten Gesellschaft verbunden ist. Die Systemintegration, verstanden als Beziehungsgefüge der Teilsysteme untereinander, wird davon beeinflusst, wie die Rollensynchronisation der Gesellschaftsmitglieder ausfällt. Indem der Journalismus seinen Adressat*innen die Gelegenheit zur Perspektivierung des eigenen Gesellschaftsverhältnisses verschafft, stabilisiert er nicht nur das Verhältnis zwischen Individuum und den ausgeübten Inklusionsrollen, sondern mittelbar auch die gegenseitige Beschränkung der teilsystemischen Expansionstendenzen. Welches Gewicht diese gesellschaftliche Integrationsleistung des Journalismus hat, wird vor allem bemerkbar, wenn sie gefährdet ist. In den folgenden Kapiteln wird untersucht, wie die Integrationsleistung von den genannten Neoliberalisierungsprozessen tangiert wird.

12.3 Systemvertrauen in den Journalismus

Angeichts der Bedeutung, die dem Journalismus in der Begünstigung der Vertrauensumstände zugesprochen wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der Journalismus als Systemvertrauensobjekt gesellschaftstheoretisch eine besondere Stellung hat. Die Besonderheiten des Journalismusvertrauens liegen in seiner deliberativen Qualität sowie im Ausmaß möglicher Struktureffekte.

Angenommen wurde, dass vertrauensvolle Situationsdeutungen im Rahmen von Akteurkonstellationen eine Haltung *kooperativer Autonomie* (vgl. Hartmann 2011) implizieren. Das heißt, die oder der Vertrauende akzeptiert die Unverfügbarkeit der Beteiligten, erkennt mit anderen Worten die Handlungsfreiheit der anderen Akteure an und attestiert ihnen eine legitime Verfolgung reflexiver Interessen. Die-

se Perspektiven- und Ergebnisoffenheit des Vertrauenssubjekts begünstigt die Ausgangsbedingung öffentlicher Diskurse.

Treffen mehrere Akteure im Modus des Journalismusvertrauens aufeinander, ergeben sich weitreichende Chancen verständigungsorientierter Kommunikation. Denn nun sind Interessenskonsense möglich, die nur auf Basis dessen zustande kommen können, was Serong als ›Gemeinsinn‹ oder ›Öffentlichkeitssinn‹ bezeichnet (vgl. Serong 2015, 2017): Die Bereitschaft zur Berücksichtigung überindividuel-ler Interessen der anderen zur Verständigung über eine kooperative Realisierung kollektiver Güter (vgl. Serong 2017: 61). Die typische Unbeeindruckbarkeit einer realisierten Vertrauensbeziehung äußert sich hier darin, dass der normative Pol der Medienlogik, also die moralisch stark aufgeladenen Semantiken des Journalismussystems (demokratieorientierte Funktions- und Leistungszuschreibungen), handlungsinstruktiv werden: Zivilgesellschaft wird zum »Referenzbegriff für eine öffentliche Kommunikation, die sich als nicht-staatlich, nicht-kommerziell, nicht-parteiisch beziehungsweise überhaupt als vor-institutionell, zugleich aber auch als nicht-privat und in diesem Sinne als überindividuell deklarieren kann« (ebd.). In einer solchen episodischen Öffentlichkeit gilt – zumindest als akzeptierte Startbedingung – der *zwanglose Zwang des besseren Arguments* (Habermas 1984), sodass teilsystemübergreifende Interessenskonsense als *öffentliche Meinung* im Horizont des Möglichen liegen. Da öffentlich vermittelte Akteurkonstellationen, gemessen an der Zahl involvierter Akteure, die wohl reichweitenstärkste Form der Interdependenzbewältigung sind, können die Auswirkungen dieser Art Öffentlichkeit auf gesellschaftliche Strukturdynamiken enorm sein.

Seit Habermas' (1990 [1962]) *Strukturwandel der Öffentlichkeit* ist bekannt, dass die Bedingungen zur breitenwirksamen Realisierung des Öffentlichkeitsideals schlecht sind (s.a. Baum 1994).⁴ Von den vielfältigen Faktoren, die eine Rolle spielen, soll einer herausgegriffen werden, der für die nachfolgende Diskussion von zentraler Bedeutung ist und zunächst trivial klingt: Vertrauen ist nur möglich, wenn das Objekt des Vertrauens wahrgenommen werden kann. Erreichbarkeit, die der gesellschaftliche Vertrauensintermediär Journalismus für alle anderen Teilsysteme realisiert, muss auch für ihn selbst gelten: Werden publizistische Anspruchsweisen als solche überhaupt nicht erkannt, erfolgt eine Situationsdeutung auch nicht im journalistischen ›Hoheitsgebiet‹. Das heißt nichts anderes, als dass die Teilsystemprägung nicht wirksam werden kann – selbstredend auch keine

4 Und sie waren natürlich auch zur Zeit einer nichtinstitutionalisierten Form von Öffentlichkeit, wie sie Habermas in den Clubs und Kaffeehäusern des 18. Jahrhunderts gegeben sieht, schlecht. Bourdieu ist darin zuzustimmen, dass Habermas in seiner idealisierten Öffentlichkeitsbeschreibung ökonomische und soziale Voraussetzungen der Diskursteilnahme zu stark ausklammert (vgl. Bourdieu 2013: 84ff.).

vertrauensvolle. Ein Akteur orientiert sich in einer solchen Situation schlicht nicht am Journalismus.

Dieser Punkt ist deshalb nicht banal, weil der Fortbestand der strukturellen Prägekraft des Journalismus auf historisch lange Sicht längst keine ausgemachte Sache ist. Es wurde festgestellt, dass der Journalismus lediglich über schwach verdinglichte Strukturen verfügt, die viel Kontingenz in Situationsdefinitionen unbestimmt lassen (s. Kapitel 10.2.2). Auf Publikumsseite oszilliert die Orientierung an der Medienlogik zwischen einem normativen und einem kommerziellen Pol – unter anderem aufgrund der organisationalen Doppeleinbettung. Daher wird angenommen: Je mehr sich die Medienlogik auf Publikumsseite in Richtung des kommerziellen Pols verschiebt, desto unwahrscheinlicher wird langfristig die Akteurfiktion eines gesellschaftlichen Journalismussystems.

12.4 Vom Verschwinden der Unbestimmtheitslücke

Wie zu zeigen versucht wurde, ist für ein adäquates Verständnis der teilsystem-autonomiegefährdenden *kapitalistischen Landnahme* (vgl. Dörre 2009) die Untersuchung neoliberaler Vergesellschaftung unabdingbar. Hierzu wurde mit dem Begriff der Adressabilität gearbeitet, der auf der Schnittstelle zwischen gouvernementalitätsanalytischer und systemtheoretischer Perspektive liegt. In Kapitel 11.4 wurde dabei ein Fokus auf die inflationäre Adressierung der Gesellschaftsmitglieder in der Figur des neuen Homo oeconomicus gelegt, die auf Sozialstrukturveränderungen unter der Last des wirtschaftssystemischen Kommodifizierungsdrucks zurückgeht. Systemtheoretisch wird die These einer erweiterten Funktionalisierung der Akteure durch das Wirtschaftssystem allerdings erst dann vollständig, wenn sie als Verdrängungsprozess bei der Annahme teilsystemischer Adressierungen von Seiten der Akteure beschrieben wird. Im Folgenden geht es um die Rolle des Journalismus bei dieser Entwicklung, die ihren Fluchtpunkt im Verschwinden der gesellschaftlichen Unbestimmtheitslücke hat. Und es geht um die Folgen einer Vergesellschaftung, die als Entgesellschaftung erlebt wird.

12.4.1 Unsichtbare Hände in unsichtbaren Systemen

Sämtliche teilsystemischen Personenkonstrukte, auch Homo politicus, Homo iuridicus, Homo paedagogicus etc., sind gleichermaßen selektiv wie universalistisch in dem Sinne, dass sie »immer nur Ausschnitte menschlicher Handlungsmöglichkeiten aktualisieren, aber diese Ausschnitte zu Universalien aufspreizen und so aus der gesellschaftlichen Ontologie des Subjekts eine anthropologische Wesensbestimmung machen« (Bröckling 2016: 38). Wie kann es angesichts dieser Indifferenz der teilsystemischen Personenkonstrukte untereinander also einen Imperialismus

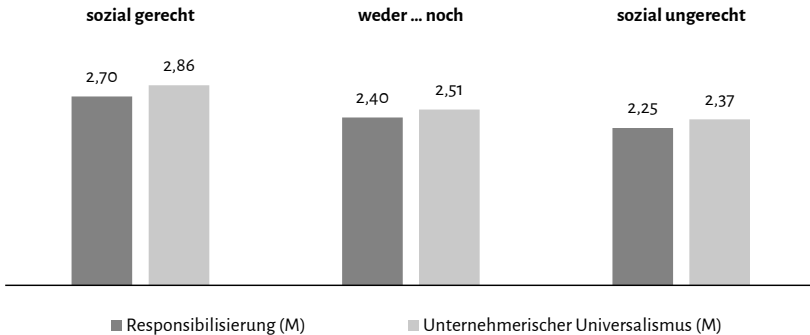
des Homo oeconomicus geben? Dies ist nur denkbar, wenn eine teilsystemische Adressierung nicht automatisch im Sinne des Reiz-Reaktion-Schemas erfolgreich ist – darin stimmen Governmentality Studies und Systemtheorie überein. Es wurde oben festgehalten, dass eine teilsystemische Adressierung zunächst beobachtet und dann entweder angenommen, verweigert oder beantwortet wird (vgl. Peter 2018: 43). Die Beobachtung der Akteure durch die Systeme, die ungleichheitstheoretisch hervorgehoben wurde, lässt sich daher auch andersherum denken: Wenn die teilsystemische Adressierung von der Adressatin oder dem Adressaten abgelehnt wird, ist es der Akteur, der das Inklusionsverhältnis verhindert – wobei dies keineswegs immer absichtsvoll geschieht.

In dieser Arbeit wird angenommen, dass die Kolonisierung teilsystemischer ›Hoheitsgebiete‹ nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass immer mehr Elemente aus dem Wirtschaftssystem in andere Teilsysteme transportiert werden, die dann auf die Eigenlogik des jeweiligen Systems einwirken. Die teilsystemischen Strukturen werden zusätzlich auch von *Innen* ausgehöhlt, da eine erfolgreiche Adressierung in der eigenen Systemsprache, also die Annahme der Beobachtungs- bzw. Kommunikationsofferte durch die Akteure, zunehmend voraussetzungsreicher wird. Auf der einen Seite gibt es eine zunehmende Mehrfachadressierung durch Teilsystemstrukturen, die neben ihren eigenen Personenkonstruktionen vermehrt auch den Homo oeconomicus anrufen. Auf der anderen Seite gibt es Akteure, die die Konflikte dieser systeminternen Mehrfachadressierung immer häufiger einseitig zugunsten des Homo oeconomicus auflösen.

Dass ebendieses Ergebnis auch so eintrete, ist das erklärte Ziel neoliberaler Regierungsrationalität. Denn sämtliche Handlungslogiken außer der des individualisierten Humankapitalisten verweisen in dieser Logik auf Inaktivität, die dem Wohlergehen aller im Weg steht. In diesem Zusammenhang wurde auf den Bedeutungswandel im Begriff sozialer Gerechtigkeit hingewiesen, der den Umbau des Wohlfahrtsstaates angeleitet hat. Wird dieses Verständnis zugrunde gelegt, verengt sich der Blick auf das Problem globaler Ungleichheiten dramatisch. Wenn soziale Ungerechtigkeit nur noch von denjenigen verschuldet wird, die sich in ihrer ›sozialen Hängematte‹ dem fairen, gemeinwohlfördernden Wettbewerb verweigern, wird das nun eindeutig quantifizierbare Ausmaß sozialer Ungerechtigkeit (Personenanzahl) in der durchökonomisierten Gesellschaft äußerst übersichtlich: Wer kann es sich tatsächlich heute leisten, sein Handeln nicht wettbewerbsförmig zu gestalten? Abgesehen vom negativen Einfluss der ›egoistischen‹ *Rent-seeker* (vgl. Krueger 1974), welche die wettbewerbsverzerrende Umverteilung des Wohlfahrtsstaats zu ihren Gunsten ausnutzen, muss es – so der Umkehrschluss – der überwältigenden Mehrheit ›fairer‹ Marktteilnehmer*innen relativ gut gehen. Mit der Problemdefinition verschiebt sich also auch die Wahrnehmung: Diejenigen Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie*, die die Lage der sozialen Gerechtigkeit in

Deutschland als gut einschätzen, haben auch signifikant eher die unternehmerischen Ideale verinnerlicht (s. Abbildung 11).

Abbildung 11: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland



Items und Skalen: s. I und III.2 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen gruppiert in sozial gerecht ($N = 317$), weder ... noch ($N = 285$), sozial ungerecht ($N = 403$); Responsibilisierung ($F[2, 636,57] = 30,81$; $p < 0,001$) und unternehmerischer Universalismus ($F[2, 624,39] = 16,85$; $p < 0,01$) signifikant abhängig von der Gerechtigkeitseinschätzung (Welch-Test); dargestellte Vergleichsgruppen signifikant unterschiedlich (Dunnnett-T3-Post-Hoc-Tests)

Hinter der neoliberalen Regierungsrationalität, die jede wohlfahrtsstaatliche Umverteilungsmaßnahme als ungerecht disqualifiziert, verbirgt sich nicht bloß ein Leistungsindividualismus, welcher das meritokratische Prinzip mit monetärem Gewinn gleichsetzt. Es geht vielmehr um eine Delegitimierung sämtlicher Sozialregulative, die der Marktexpansion im Weg stehen:⁵ »Aus neoliberaler Sicht ist der Begriff des Sozialen eine ideologische Figur, die bewusst oder unbewusst die Marktwirtschaft (und damit auf lange Sicht die gesamte moderne Gesellschaft) untergräbt.« (Ptak 2017: 66) Daher bezeichnet Bude (2016: 76) die neoliberale Ratio auch als »eine Gesellschaftstheorie, die gegen die Gesellschaft gerichtet ist«:

»Das wählende, wagende und wollende Individuum wird hier gegen ein Gehäuse der ewigen Übereinkünfte, der koalierenden Besitzstandsgruppen und der unbewussten Hörigkeit in Anschlag gebracht. Nicht worin man sich fügen muss, sondern was man machen kann, soll im Vordergrund stehen.« (Ebd.)

5 Die Marktevolution soll – und darin besteht ein theorieinterner Widerspruch bei Hayek – durch einen »schlanken Staat« sowie durch Stärkung von Rechtssicherheit (für Eigentum und Verträge) unterstützt werden (vgl. Bröckling 2016: 100f.; Schimank/Volkman 2017: 70).

Ähnlich Nachtwey (2016: 80f.):

»Die Macht des Neoliberalismus sollte von unten und innen abgesichert werden, indem man Anreize für die Menschen schuf, sich selbst als Subjekte zu betrachten, die ihrem Wesen nach autonom und unternehmerisch sein sollten und denen kollektive gesellschaftliche Lösungen und Institutionen suspekt erschienen.«

Auf den Punkt gebracht wird diese im Wortsinne antisoziale Mentalität gegenüber allen Formen verbindlicher Kollektivität im berühmten Ausruf Margaret Thatchers: »And, you know, there is no such thing as society. There are individual men and women and there are families. And no governments can do anything except through people, and people must look to themselves first.«

Zusammenfassend lässt sich festhalten: *Ein zentrales Merkmal des globalen Neoliberalismus ist seine Fähigkeit, teilsystemische Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu invisibilisieren.* Dass er darin sehr erfolgreich ist, wird an vier miteinander verbundenen Phänomenen erkennbar:

- a) der massiven Zunahme entscheidungsförmigen Handelns infolge einer Abschwächung der Adressabilität nichtwirtschaftlicher Teilsysteme zugunsten der wirtschaftssystemischen,
- b) dem umfassenden Verlust an tiefen, sinnstiftenden Bindungen (*Ligaturen*) des Handelns, in der Konsequenz die *Optionen* zunehmend sinnloser erscheinen (vgl. Dahrendorf 1979),
- c) der Subjektivierung teilsystemischer Gefahrenproduktion (z.B. Klimakatastrophe), die von den responsabilisierten Akteuren als persönliche Risiken erfahren werden,
- d) der Produktion und Tolerierung monetärer Ungleichheiten im historisch beispiellosen Ausmaß, die angemessen nur als »Neo-Feudalismus« (Welzer 2016: 99) beschrieben werden können (statt vieler vgl. Piketty 2014, 2020).

12.4.2 Journalismus und Inklusionskämpfe

Woran liegt es, dass Akteure die Rollenkonflikte teilsystemischer Mehrfachadressierung schlechter lösen können? Antworten auf diese Frage betreffen die Beziehung zwischen den rollenförmigen Inklusionen des Dividuum und seiner Exklusionsindividualität (s. Kapitel 10.4). Offensichtlich gelingt es den Exklusionsindividualitäten immer weniger, die teilsystemischen Zugriffe biographisch zu integrieren. Daher ist von Schwierigkeiten in der Ausbildung sinnerfüllter Identitäten im Exklusionsbereich auszugehen. Es wurden zwei zentrale Voraussetzungen sinnerfüllter Identitätskonstruktionen genannt: Die Nivellierung von Ungleichheiten zwischen teilsystemischen Inklusionsprofilen, die durch die neoliberale Invisibilisierung sozialstruktureller Zusammenhänge immens erschwert wird, sowie die

erfolgreiche Synchronisation teilsystemischer Rollenerwartungen qua Öffentlichkeit. Beide Voraussetzungen lenken den Blick auf Defizite journalistischer Sozialintegration.

Es muss bezweifelt werden, dass der Journalismus in den letzten Jahrzehnten eine Vermittlungsleistung erfüllt hat, die gute Bedingungen zum Austragen von Inklusionskämpfen und eine daran anknüpfende Nivellierung von Ungleichheiten geboten hätte. Diese Einschätzung stützt sich auf inhaltsanalytische Untersuchungen zu den Berichterstattungsgegenständen soziale Gerechtigkeit und Ungleichheit – wobei einschränkend erwähnt werden muss, dass der Forschungsstand zu diesem Themenfeld außerordentlich schlecht ist: Der Frequenzanalyse von Preston und Slike (2017) zufolge, haben kommunikationswissenschaftliche Publikationen zu den Themen Ungleichheit im Allgemeinen und ökonomischer Ungleichheit im Besonderen einen Anteil von 0,79 Prozent bzw. 0,5 Prozent am Gesamtkorpus thematisch einschlägiger Publikationen in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Nichtsdestotrotz informieren einige wenige Studien über das quantitative Ausmaß sowie das qualitative Framing der Berichterstattung.

Schröder und Vietze (2015) stellen in ihrer quantitativen Inhaltsanalyse fest, dass die deutschen Printmedien *Die Zeit*, *Der Spiegel* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) im Untersuchungszeitraum zwischen 1946 und 2015 mit zunehmender Häufigkeit über die Themen ökonomische Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit berichten, allerdings je nach Medium in unterschiedlicher Intensität: Die FAZ etwa schenkt den Themen im Zeitverlauf nur minimal erhöhte Aufmerksamkeit, was die Autor*innen mit der politischen Ausrichtung des Mediums erklären. Die gemeinsamen Schwankungen in der medialen Aufmerksamkeit hängen zudem (partiell) mit der wachsenden Ungleichheit zusammen, die über sogenannte Realweltindikatoren gemessen wird (Gini-Index äquivalenzgewichteter Haushalts-einkommen, Einkommensanteil der wohlhabendsten 10 Prozent aller Deutschen, Armutsquote nach SOEP). Zu vergleichbaren Befunden kommt Petring (2016). Er hat Artikel von FAZ, *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *die tageszeitung* (taz) im einfachen Text-Mining-Verfahren untersucht, die in den Zeiträumen 1959 bis 2011 (FAZ), 1992 bis 2011 (SZ) und 1987 bis 2011 (taz) publiziert wurden. Alle Zeitungen berichten im Zeitverlauf häufiger über das Thema Armut und diese Frequenzsteigerung steht auch im Zusammenhang mit einem »realweltlichen« Armutsindikator. Zu den Themen soziale Gerechtigkeit und materielle Ungleichheit berichten jedoch nur SZ und taz mit zunehmender Häufigkeit und in Korrespondenz mit dem Gini-Index. Für die reichweitenstarke FAZ wird dagegen ein massiver Abwärtstrend in der Berichterstattungsfrequenz ab den 1980er Jahren beobachtet, der im Kontrast zum »realweltlichen« Anstieg materieller Ungleichheit steht. Petring vermutet hier, »dass die FAZ tatsächlich eine neoliberale Wende vollzogen hat« (ebd.: 379; Herv. i. O.). Dieser Eindruck wird von Blanks (2017) Framinganalyse bestätigt, die sich auf 62 Artikel aus FAZ und SZ stützt, welche im Jahr 2016 veröffentlicht wurden und ökonomische

Ungleichheit betreffen. Den Befunden zufolge werden die sozialen und politischen Probleme ökonomischer Ungleichheit in FAZ-Artikeln deutlich häufiger relativiert oder sogar bestritten. Außerdem äußerten FAZ-Autor*innen in den meisten Fällen eine wirtschaftsliberale Haltung, die sich gegen Umverteilungsmaßnahmen richtet. Blank lenkt den Blick zudem auf die eigentlichen Berichterstattungsdefizite, die weniger quantitativer, sondern vielmehr qualitativer Art sind. Sie liegen vor allem in der Problembeschreibung (a) und der Ursachenattribution (b).

a) Das Problem ökonomischer Ungleichheit wird in den Medien oft äußerst allgemein beschrieben (vgl. Blank 2017: 4390). Champlin und Knoedler (2008), die ebenfalls einen themenspezifischen Berichterstattungszuwachs in den US-amerikanischen Zeitungen *New York Times*, *Washington Post*, *Wall Street Journal*, *USA Today*, *Chicago Tribune* und *Los Angeles Times* (Index-Suche; Vergleichszeiträume: 2002 bis 2007 gegenüber 1997 bis 2002) verzeichnen, notieren: »However, in spite of the modest increase in coverage, the emphasis in most cases is limited to a simple reporting of the existence of growing inequality and middle class decline.« (Ebd.: 136) Gerade in der Berichterstattung über wirtschaftspolitische Themen, die potenziell eine Umverteilung ökonomischer Ressourcen zur Folge haben könnte, werden die entsprechenden politischen Instrumente in Zusammenhang mit allgemeinen Wachstumsprognosen der (nationalen) Wirtschaft gestellt und damit zugleich gemäß der Sachzwang-Argumentationsfigur diskreditiert. Dies war etwa in der Berichterstattung über die Vermögenssteuer im Bundestagswahlkampf 2013 in Deutschland der Fall, wie Lichtenstein, Rohmberg und Böhme (2016) in ihrer Frame-Analyse von FAZ, *Die Welt*, *SZ*, *Die Zeit*, *Spiegel Online* und *BILD Online* feststellen. Diese unspezifische und »Realweltindikatoren«-orientierte Darstellung ist deshalb hochproblematisch, weil das Wissen der Rezipient*innen um die ungleich verteilten Ressourcen nicht nur äußerst prekär ist, sondern das wahrgenommene Ausmaß an Ungleichheit, welches oft objektiv falsch ist, stark mit der politischen Forderung von Umverteilungsmaßnahmen korreliert. Zu diesen Befunden kommen Gimpelson und Treisman (2018) in ihren umfangreichen Sekundäranalysen mehrerer internationaler Bevölkerungsbefragungen.

b) Eine falsche Ursachenattribution lässt sich besonders anschaulich anhand der Finanzkrise 2008 nachvollziehen. Zahlreiche Journalismusforscher*innen attestieren dem Finanz- und Wirtschaftsjournalismus ein völliges Versagen in der Vorhersage, der begleitenden Berichterstattung und der Aufarbeitung der Krise, was teilweise auch auf informationsökonomische Verflechtungen zwischen Finanzjournalismus und seinem Berichterstattungsgegenstand zurückgeführt wird (vgl. Schiffrin 2015; Starkman 2014; Berry 2019; Knowles 2018; Knowles/Phillips/Lidberg 2017; Schifferes/Roberts 2014; Tambini 2010). Um nur eine Untersuchung herauszugreifen: Laura Basu (2018) widmet sich in ihrer umfangreichen Framing-Analyse den medialen Kriseninterpretationen in 1133 Berichten der britischen »Mainstreammedien« *BBC*, *Guardian*, *Telegraph*, *Sun* und *Mirror* im

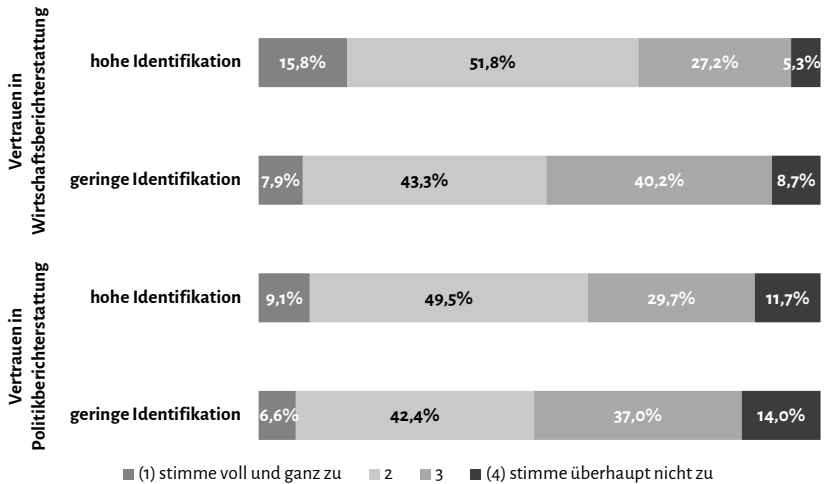
Veröffentlichungszeitraum 2007 bis 2015. Sie zeigt, dass in jeder der fünf aufeinanderfolgenden Berichterstattungsphasen (»crash«, »deficit«, »slump«, »Eurocrisis«, »inequality«) dominante Ursachenattributionen und Lösungsansätze variieren. Im Ergebnis werden Krisensymptome voneinander isoliert, oberflächlich und unsystematisch dargestellt, sodass die mediale Berichterstattung die sozialstrukturellen Zusammenhänge der Ereignisse eher verbergen denn offenlegen. Das permanente »rewriting of history« (ebd.: 71) im Übergang von einer Berichterstattungsphase zur nächsten versucht sie im titelgebenden Bild einer geschichtsvergessenen *Media Amnesia* einzufangen:

»It has forgotten not only the deep roots of the crisis in the dynamics of neoliberal capitalism, but has erased the immediate past of the crisis – its development over the past few years or even months. It has thereby left citizens unable to understand the situation in which they find themselves to negotiate a viable way out. Instead, this amnesia has served the interests of those who wish to escalate the kinds of policies that helped cause the crisis in the first place, and that transfer resources upwards.« (Ebd.: 210)

Mit dem letzten Satz verweist Basu auf Austeritätsmaßnahmen, die in der EU seit 2010 durchgeführt werden. Die politische Legitimationen der Sparmaßnahmen, die für die Bevölkerung südeuropäischer Länder, insbesondere Griechenland, eine massive Verschlechterung der Lebensumstände bedeutet, sind ebenfalls nicht von einer kritischen Berichterstattung herausgefordert worden (vgl. Basu/Schiffes/Knowles 2018; Barnes/Hicks 2018).

Vor dem Hintergrund dieser Leistungsbilanz überrascht es wenig, dass Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie*, die sich in der Sozialfigur des unternehmerischen Selbst wiederfinden, über ein signifikant höheres »Vertrauen« in die Wirtschafts- und Politikberichterstattung haben als diejenigen ohne eine unternehmerische Haltung (s. Abbildung 12). Insbesondere in Bezug auf das »Vertrauen« in die Wirtschaftsberichterstattung gibt es einen deutlichen Unterschied: Lediglich ein Drittel der Personen mit hoher unternehmerischer Identifikation »vertraut« nicht oder eher nicht, bei den Personen mit geringer Identifikation ist es dagegen rund die Hälfte, die (eher) nicht »vertraut«.

Abbildung 12: Vertrauen in Wirtschafts- und Politikberichterstattung in Abhängigkeit der Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst



Items und Skalen: s. I und VII im Anhang; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N = 522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); Gruppenunterschiede signifikant sowohl in Bezug auf das Vertrauen in die Wirtschaftsberichterstattung ($t[962] = 5,62$; $p < 0,001$) als auch auf das Vertrauen in die Politikberichterstattung ($t[974] = 2,78$; $p < 0,01$)

In Artikeln zur Austeritätspolitik findet sich die neoliberale Responsibilisierung der ökonomisch Unproduktiven wieder, die sich als Legitimationsfigur sozialer Ungleichheiten auch durch andere sozialpolitische Berichterstattungsfelder zieht (vgl. Volkmann 2006). In ihrem Überblicksartikel kommen Grisold und Theine (2017) nach der Durchsicht empirischer Studien zur medialen Darstellung ökonomischer Ungleichheit zu dem Schluss:

»We cannot identify a diversity of information on economic inequality, but rather a bias toward individualistic explanations, and a neglect of the positive implications of redistributive policies to diminish inequality. Certainly, the media are too close to their ›nonmultidimensional‹ sources and thus fail to give a critical account of economic developments.« (Ebd.: 4278)

Mit dieser Einschätzung korrespondieren zwei andere Befunde der *IfK-Trendstudie*. Die Teilnehmenden sollten folgende Aussage auf einer vierstufigen Skala bewerten: »Über das Problem der sozialen Gerechtigkeit wird zu wenig berichtet.« Die Zustimmung zur Aussage korreliert signifikant negativ – allerdings bei sehr gerin-

ger Effektstärke – mit zwei Items der Skala zum unternehmerischen Selbst, nämlich den Aussagen »Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen« (s. Abbildung 13) sowie »Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden« (s. Abbildung 14).

Abbildung 13: »Jeder hat heute die Möglichkeit, etwas aus sich zu machen« nach wahrgenommenen Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit;

Abbildung 14: »Sozial schwache Gruppen müssen zur Eigenverantwortung angehalten werden« nach wahrgenommenem Berichterstattungsdefizit soziale Gerechtigkeit

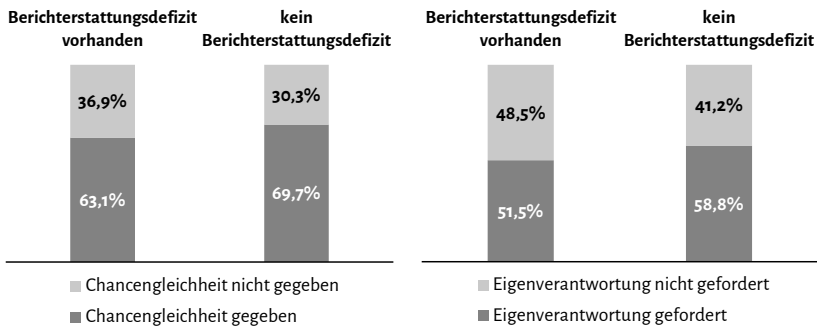


Abbildung 13: Items und Skalen: s. I.3 und VIII.1 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen in der Darstellung zusammengefasst; Wahrnehmung eines Berichterstattungsdefizits korreliert signifikant negativ mit der Einschätzung zur Chancengleichheit ($r = -0,08$, $p < 0,05$);

Abbildung 14: Items und Skalen: s. I.1 und VIII.1 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen in der Darstellung zusammengefasst. Die Wahrnehmung eines Berichterstattungsdefizits korreliert signifikant negativ mit der Forderung zur Eigenverantwortung ($r = -0,14$, $p < 0,001$).

Die genannten inhaltsanalytischen Befunde und Befragungsergebnisse der *Ifk-Trendstudie* können in Zusammenhang gebracht werden mit dem Bedeutungsverlust eines interventionistischen Rollenverständnisses bei Journalist*innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, welcher in der repräsentativen Teilbefragung der *Worlds of Journalism*-Studie festgestellt wurde (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020). In der aktuellen Befragungswelle halten es lediglich 30 Prozent der deutschen, 32 Prozent der österreichischen und 21 Prozent der schweizerischen Journalist*innen in ihrer Arbeit für »sehr wichtig« oder »extrem wichtig«, für »sozialen Wandel« einzutreten (vgl. ebd.: 150). Die Autor*innen stellen ihre Befunde früheren Studien für Deutschland (vgl. Weischenberg/Löffelholz/Scholl 1994; Weischenberg/Malik/Scholl 2006), Österreich (vgl. Kaltenbrunner et al. 2008) und der Schweiz (vgl. Bonfadelli et al. 2011) gegenüber. In den deutschen und österreichischen Refe-

renzstudien lauteten die Formulierungen »sich einsetzen für die Benachteiligten in der Bevölkerung« bzw. »für Benachteiligte einsetzen«, das schweizerische Item zielte auf das Selbstverständnis, »als Anwalt/Anwältin mich für die gesellschaftlich Schwachen einzusetzen«. Trotz der abweichenden Formulierungen halten es Hanitzsch und Lauerer (2020: 151) für gerechtfertigt, von einem Trend auszugehen. Demnach ist die Zustimmung für eine anwaltschaftliche Rollenausübung in Deutschland seit 1993 um 13 Prozentpunkte zurückgegangen, in Österreich hat sie sich seit 2007 halbiert und in der Schweiz ist sie auf ein Drittel der im Jahr 1998 gemessenen Zustimmung gesunken.

Zusammenfassend drängt sich der Eindruck auf, dass der Journalismus in der Vermittlung ungleichheitsbezogener Themen in den vergangenen Jahren eher Koalitionsbildungen zwischen Bessergestellten begünstigt hat, die geeignet sind, Verteilungskämpfe zu Ungunsten der Schlechtergestellten zu befrieden (vgl. Schimank 2015: 257) und dadurch definitionsgemäß sozialdesintegrativ wirken.

12.4.3 Journalistische oder ökonomische Anrufung?

Eine zweite Herausforderung für eine Sozialintegration qua Journalismus besteht darin, dass der Journalismus nicht unverschont bleibt vom neuerlichen Ökonomisierungsdruck. Belege für die Ökonomisierung des Journalismus finden sich zuhauf in der Journalismusforschung, die sich seit ihren Anfängen auch mit dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Journalismus beschäftigt hat (vgl. Meier/Jarren 2001; Schimank/Volkman 2015: 123). Wie in Kapitel 10.1 dargestellt, ist dies ihrem Gegenstand geschuldet: Der moderne Journalismus weist von Beginn an wirtschaftsbezogene Programmelemente auf, die sich bis in die Strukturprägung des Publikums niederschlagen.

Die Autonomie des Journalismus wurde schon immer als instabil beurteilt, deshalb lassen sich Journalismustheorien auch darüber kategorisieren, wie viel Unabhängigkeit dem Journalismus im Gesellschaftsgefüge überhaupt zugesprochen wird (vgl. Scholl 2013). In dieser Arbeit wird angenommen, dass eine Untersuchung der o.g. Strukturveränderungen des Journalismus erstens nicht losgelöst von der aktuellen Periode der kapitalistisch verfassten Gesellschaft vorgenommen werden kann (vgl. Zwicky 2012; Imhof 2011; Hardy 2017; Fenton 2011; Chakravartty/Schiller 2010). Zweitens wird man nicht darum herumkommen, den Journalismus nicht nur als Explanandum von Ökonomisierung zu betrachten, sondern auch als Explanans. Demnach ist die geläufige Kriseninterpretation des Journalismus, die auf eine Redaktionskolonisierung durch die unternehmerische Seite journalistischer Medien hinausläuft, nur die halbe Wahrheit.

Siegfried Weischenberg hat bereits in einem Aufsatz von 1983 darauf hingewiesen, dass Presseerzeugnisse in ihrer Form nicht unabhängig von ihren Produktionsbedingungen sind (vgl. Weischenberg 1983). Ihm ging es hier um die Konsti-

tutionsbedingungen journalistischer Rollen und Programme. Weischenberg hebt die technisch-ökonomische und organisatorische Effizienz des objektiven Informationsjournalismus hervor, die seine Dominanz im kapitalistischen Mediensystem auf Dauer sichern würde (vgl. ebd.: 357f.). »Eine Berichterstattung, die ›niemanden vor den Kopf stößt‹, entspricht nicht nur kapitalistischer Logik, sondern generell dem Organisationsziel westlicher Medienunternehmen, mit begrenztem Aufwand große Publika zu erreichen«, so Weischenberg (1983: 357f.). Indem der Autor die Form journalistischer Berichterstattung von ihren strukturellen Produktionsbedingungen abhängig macht, gelangt er zu der Prognose, dass es erst dann zu tiefgreifenden Veränderungen journalistischer Berichterstattungsmuster und Rollenbilder kommt, wenn sich die fünf wichtigsten Eckpfeiler medienindustrieller Herstellung wandeln (vgl. ebd.: 361): Märkte, Angebote, Distributionsformen des journalistischen Rohmaterials (z.B. Nachrichtenagenturen), Produktionstechniken (technische und handwerkliche) und organisationale Managementformen (in Anlehnung an Smith 1977).

Weischenberg sah damals wenig Anlass, davon auszugehen, dass die von ihm thematisierten neuen Berichterstattungsformen des *Investigativen Journalismus* oder des *New Journalism*, welche sich auf Beitragsebene durch eine hervorgehobene Sichtbarkeit der individuellen Reporter*innenpersönlichkeit auszeichnen (vgl. Weischenberg 1983: 351), die Vormachtstellung des Informationsjournalismus als »kapitalistischen Realismus« (Lindlau 1980: 43) ernsthaft gefährden könnten. Als Indiz für einen möglichen Wandel konnte er lediglich auf Publikumsseite ein gestiegenes Bedürfnis nach einem direkteren und persönlicheren Journalismus ausmachen, das in Ansätzen durch entsprechende Rundfunkangebote befriedigt wurde (vgl. Weischenberg 1983: 361).

Mit Blick auf empirische Untersuchungen zum Rollenselbstverständnis von Journalist*innen scheint die Dominanz des objektiven Informationsjournalismus heute ungebrochen. Der *Worlds of Journalism*-Studie zufolge, die sich aus national-repräsentativen Befragungsdaten aus 67 Ländern speist, ist die Orientierung an der Rolle distanzierter Beobachter*innen (»Report things as they are«, »Provide analysis of current affairs«, »Let people express their views«, »Be a detached observer«) weltweit konsensfähig (vgl. Hanitzsch et al. 2019: 173). In Deutschland hat sie sich sogar noch verstärkt: Wollten 1993 zwei Drittel der Befragten möglichst unparteiisch berichten, liegt der Anteil nun bei 91 Prozent (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020: 143f.). Gleichzeitig wird Kritik und Kontrolle gegenüber der Wirtschaft und gegenüber der Regierung nur von einem Drittel (34 % bzw. 36 %) der deutschen Journalist*innen als mindestens »sehr wichtig« erachtet (vgl. ebd.: 146). Gerade in Hinblick auf die Watchdog-Funktion gegenüber der Regierung ist das im internationalen Vergleich ein stark unterdurchschnittlicher Wert – in den USA liegt er beispielsweise bei 86 Prozent (vgl. ebd.: 158).

Mittlerweile wurde der Verdacht, die journalistische Unparteilichkeitsnorm entspreche der Logik des Kapitalismus, von Phelan (2014) für dessen neoliberale Spielart erneuert. Abgesehen von ideologiekritischen Einwänden gegen das Berufsideal ist grundsätzlich fraglich, inwieweit Journalist*innen diesem gegenüber überhaupt noch gerecht werden können. Was die heutige Situation von der in den 80er Jahren unterscheidet, sind gravierende historische Einschnitte in allen fünf genannten Eckpfeilern medienindustrieller Herstellung, wobei die in dieser Arbeit hervorgehobenen markt- und managementbezogenen Faktoren als verhältnismäßig bedeutsamer für Wandlungsprozesse journalistischer Berufsrollen und Programme eingeschätzt werden als technikbezogene.⁶

Einen neuen Publikationsschub zur Medienökonomisierung gab es in der Journalismusforschung zur Jahrtausendwende (vgl. Knoche 2001; Meier 2000; Altmeppen 2008; Lobigs 2013), angesichts einer fortschreitenden Kommerzialisierung des Rundfunks (vgl. Schmidt/Spieß 1997; Wehmeier 1998), eines massiven Rückgangs von Vertriebs- und Anzeigenerlösen der Printmedien (vgl. Birkner 2010) sowie allgemeinen Finanzierungsproblemen des Online-Journalismus – eine Situation, die sich durch die Werbemarktbeherrschung der digitalen Plattform-öffentlichkeiten weiter verschärft hat (vgl. Lobigs 2018). Auch wurden zahlreiche strukturelle Auswirkungen auf das Journalismussystem benannt, unter anderem: Medienkonzentration (vgl. Zwicky 2012; Röper 2018) und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse (schlechte Vergütung, sinkende Zahl der Festangestellten) (vgl. Steindl/Lauerer/Hanitzsch 2017; Schnedler 2017). Zugleich wird die fehlende theoretische Fundierung dieser Ökonomisierungsphänomene bemängelt (vgl. Marr et al. 2001: 35f.).

In dieser Arbeit werden die strukturellen Veränderungsprozesse als ein sich selbst verstärkender Prozess neoliberaler Kommodifizierung verstanden, wie er in Kapitel 11.4 beschrieben wurde: Wettbewerbsförderung führt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Marktteilnehmenden, sodass wiederum der Markt zunehmend kompetitiver wird usw. Mit Altmeppen (2006) kann von einer doppelten Ökonomisierung gesprochen werden.

»Die Spirale der Ökonomisierung der Ökonomisierung macht sehr deutlich darauf aufmerksam, dass die Ökonomisierung keinesfalls allein als eine Folge des Wettbewerbs – und somit des Wirkens einer unsichtbaren Hand – aufgefasst werden

6 Das unterscheidet diese Argumentation von einem Gros der einschlägigen Veröffentlichungen zum Wandel des Journalismus (Stichwort: Digitalisierung). Natürlich handelt es sich nicht um überschneidungsfreie Kategorien. Allerdings erscheint eine theoretische Beschäftigung mit Digitalisierung zumindest verkürzt, wenn sie die interessierenden Prozesse nicht vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Metatrends der Ökonomisierung betrachtet, welcher sich aus dem Primat des Wirtschaftssystems ergibt.

kann. Ganz im Gegenteil sind die Medienorganisationen aktiv an der Ökonomisierung beteiligt, wenn auch keinesfalls immer bewusst und auch keineswegs immer intentional, sehr häufig sozusagen routinemäßig und oft mit unintendierten Handlungsfolgen.« (Ebd.: 256)

Wie dargelegt, erschließt sich dieser Prozess jedoch nur, wenn die Subjektivierungsweisen in den Blick genommen werden, die auf die Organisationsmitglieder einwirken und auf die sie reagieren (müssen). Im Redaktionsalltag vermengen sich Handlungsorientierungen der übergeordneten journalistischen Berufsrollen (teilsystemische Strukturprägung) mit Orientierungen, die sich aus organisationalen Mitgliedschafts- und Arbeitsrollen ergeben (organisationale Strukturprägung) – und zwar in evaluativer, normativer und kognitiver Hinsicht (s. Kapitel 10.2). Fraglich ist, aus welcher dieser unterschiedlichen Rollen heraus geantwortet wird, wenn Journalist*innen zu ihren normativen Orientierungen befragt werden und inwiefern ihre Angaben überhaupt mit ihrem beruflichen Alltagshandeln korrespondieren. So untersuchen zahlreiche Befragungen die Redaktionsmitgliedsrolle (Journalismuskontext), ohne jedoch die Rolle Medienschaffende*r (Wirtschaftskontext) zu berücksichtigen, obwohl beide zunehmend in Personalunion durch die Befragten ausgeübt werden. Dass eine Differenzierung hinsichtlich der o.g. Strukturebenen in der Regel nicht stattfindet, erklärt auch, warum der Forschungsstand zum journalistischen Rollenselbstverständnis weit davon entfernt ist, ein einheitliches Bild abzugeben (vgl. Hanitzsch/Vos 2017). Beispielsweise identifizieren Meyen und Riesmeyer (2012) in ihrer qualitativen Interviewstudie bei den 501 befragten Journalist*innen mit *traders* und *promoters* auch ganz andere als die klassisch vorgefundenen Rollenvorstellungen – womöglich auch deshalb, weil die Autor*innen zu den wenigen Ausnahmen gehören, die ihre Beobachtungskategorien grundlagentheoretisch, und zwar mithilfe von Bourdieus Feldtheorie entwickelt haben.

Vor dem Hintergrund der Ökonomisierungsdebatte ist von einer Stärkung der wirtschaftlichen zu Ungunsten der journalistischen Organisationsstrukturprägung auszugehen. Eine der Wechselwirkungen könnte so aussehen: Journalistische Inhalte werden für Medienunternehmen zunehmend uninteressant, weil sie ihre Produktpalette im Zuge der Digitalisierung diversifizieren und dadurch immer weniger angewiesen sind auf die ressourcenaufwändige Produktion journalistischer Waren. Das nun entstandene Ungleichgewicht in der Abhängigkeitsbeziehung verleitet die unternehmerische Seite journalistischer Medien dazu, sich weniger den normativen Handlungsorientierungen der Redaktion zu beugen, die zuvor noch den wirtschaftssystemischen Expansionsdrang des Medienunternehmens durch professionell-journalistische Stoppregeln eindämmen konnten (vgl. Kiefer 2013: 126f.). Auf diese Weise kann das Medienunternehmen der Redaktion einen Kostenreduktionszwang auferlegen, der zu Kündigungen und einer Verschärfung des Wettbewerbs zwischen Redaktionsmitarbeiter*innen führt. Unter dieser neu-

en Konkurrenzsituation leidet die Identifikation mit dem »sphärenspezifischen Ethos« (Schimank/Volkman 2017: 160), was sich auf die handlungsleitenden Orientierungen journalistischer Leistungsträger*innen niederschlägt.

Einen Zusammenhang zwischen prekären Arbeitsbedingungen und einer Wettbewerbsorientierung hat Örnebring (2018) in seiner Sekundäranalyse dreier qualitativer Interviewstudien mit insgesamt 129 europäischen Journalist*innen festgestellt. Die gewachsenen Unsicherheiten in der Berufsausübung werden zu einem »normalen« Bestandteil des Journalismus naturalisiert und kompensiert durch Unternehmer*innengeist und meritokratische Leistungsorientierung, »that are fundamentally individualistic in nature« (ebd.: 122). Dies gilt insbesondere für die Berufseinsteiger*innen, von denen Bourdieu noch meinte, sie könnten sich mit ihrem Idealismus am ehesten gegen die abgeklärte Marktorientierung »der alten Hasen« wehren (vgl. Bourdieu 1998: 109).

»Young professionals across Europe have readily accepted that they as individuals have to bear the risks associated with their own profession, individually manage their own careers and individually take responsibility for their own professional training and development.« (Örnebring 2018: 117f.)

Betont werden sollte, dass es sich hier nicht unbedingt nur um eine passive Anpassungsreaktion an die gegebenen Umstände handelt, denn dies würde die freiheitliche Rhetorik der neoliberalen Regierungsrationalität in ihrer Wirkmächtigkeit unterschätzen und den Blick auf entsprechende Identitätsschablonen versperren. Das neoliberale Berufsideal des Arbeitskraftunternehmers kulminiert im neuen Rollenverständnis des *Entrepreneurial Journalist* (vgl. Vos/Singer 2016), der oder die Finanzierungsprobleme journalistischer Inhalte und prekäre Beschäftigungsbedingungen individualistisch kompensiert, indem er oder sie selbst als Marke und Marktakteur in den medienunternehmerischen Wettbewerb tritt (vgl. Cohen 2015).

Je mehr sich die Mitglieder journalistischer Medien ein marktorientiertes Rollenbild zu Eigen machen (evaluative Orientierungsmodalität), so die These, desto weniger Orientierung bieten die gemeinwohlorientierten journalistischen Organisationsziele. Ist dieser Wandlungsprozess bei einem korporativen Akteur weit fortgeschritten, ändert sich in der Konsequenz auch seine Sicht auf die Empfänger*innen seiner Leistungen. Im Übergang vom sozialmarktwirtschaftlichen zum neoliberalen Geschäftsmodell haben sich Imhof (2011: 124f.) zufolge Medienunternehmen in reine Dienstleistungsbetriebe gewandelt, die als Zielgruppe ihrer journalistischen Produkte nicht mehr (auch) Bürger*innen fokussieren, sondern nur noch Medienkonsument*innen. Im Sinne einer neoliberalen Ratio ist dies konsequent, da sich der unternehmerische Teil journalistischer Medien dadurch einer nichtwettbewerbsförmigen Handlungsorientierung entledigt, welche allzu deutlich auf überindividuelle sozialstrukturelle Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse verweist, die der Selbstverantwortungssemantik im Weg stehen.

Mittlerweile hat sich die von Weischenberg skizzierte Personalisierungstendenz für viele Beobachter*innen zu einem deutlich erkennbaren Öffentlichkeitstrend entwickelt (vgl. die Beiträge in Ettinger et al. 2019). Ein Indiz dafür ist auch der Bedeutungszuwachs des Ratgeberjournalismus: Der Anteil deutscher Journalist*innen, die ihrem Verständnis nach »Rat, Orientierung und Hilfestellung für den Alltag anbieten« wollen, hat sich laut der *Worlds of Journalism*-Studie seit 1993 von 36 Prozent auf nun 66 Prozent beinahe verdoppelt (vgl. Hanitzsch/Lauerer 2020: 154).

Die neue Publikumsansprache journalistischer Medienunternehmen stößt offenbar auch nicht auf taube Ohren: Zu Imhofs Diagnose passt auf Publikumsseite Deuzes (2008) *Monitorial Citizenship* als Gegenbegriff zu den *informierten Bürger*innen*. Deuze geht von verändertem Rezeptionsverhalten aus, bei dem Mediennutzer*innen verschiedenste Nachrichtenquellen (offline und online) nach denjenigen Themen durchsuchen (lassen), die sie ganz persönlich betreffen und interessieren. In »hyperindividual personal information spaces« (Deuze 2008: 850) stellen sie sich auf diese Weise (über Plattformen und Mash-Up-Medien) ihr personalisiertes Medienmenü zusammen. Die Aufwertung sehr persönlicher gegenüber anderen Nutzungsmotiven kann hier als Effekt neoliberaler Ökonomisierung verstanden werden: Wie dargestellt, steigt mit fortschreitender Kommodifizierung von immer mehr Gesellschaftsbereichen die Häufigkeit entscheidungsförmigen Handelns im Alltag dramatisch an. Um Entscheidungen selbstverantwortlich in Form von Kosten-Nutzen-Abwägungen adäquat bewältigen zu können, werden Informationen über die gegebenen und noch verborgenen Handlungsalternativen notwendig. Daher ist eine Technologie des Selbstregierens naheliegend, den eigenen Medienkonsum langfristig so zu rationalisieren, dass bei der Selektion der Inhalte auf den (vermuteten) persönlichen Anwendungsbezug großen Wert gelegt wird, um für kommende Entscheidungssituationen gewappnet zu sein.

Als Effekt der konsumorientierten Adressierung durch die Medienunternehmen vergrößert sich auf dem Medienmarkt langfristig die Konsument*innensouveränität im Hayek'schen Sinn, da sich für Rezipient*innen die Bewertungsmöglichkeiten der Leistungsproduzenten vereinfachen: Qualitätsurteile, die nur noch in Hinblick auf subjektive Präferenzen gefällt werden und nicht mehr hinsichtlich historischer Funktionszuschreibungen (z.B. Demokratieförderung), sind deutlich weniger komplex und lassen sich viel leichter kommunizieren und messen. In neoliberaler Logik erhöht sich die Transparenz aller Marktteilnehmer*innen und die »besten« Leistungsproduzenten sind für Medienkonsument*innen nun leichter als solche erkennbar. Mit dem neu gewonnenen Marktüberblick geht in der Folge eine verschärfte Konkurrenz der Leistungsproduzenten sprich eine Wettbewerbssteigerung einher – und so schließt sich der zirkuläre Kommodifizierungsprozess wieder.

Sofern die vorausgegangenen Diagnosen zur Medienökonomisierung zutreffen, wäre die journalistische Kerntätigkeit gesellschaftlicher Interdependenzbeobachtung (vgl. Kohring 2016) betroffen. Aufgrund der herausragenden Stellung, die das Journalismussystem auch für die Systemintegration der Gesellschaft einnimmt (vgl. Görke 1999), ginge vom Journalismus dann eine katalysatorische Wirkung in Hinblick auf gesellschaftliche Ökonomisierungsprozesse aus, die schon Bourdieu im Blick hatte, wenn er *Intrusionseffekte* des journalistischen Feldes konstatiert (vgl. Bourdieu 1998: 112ff.).⁷ In der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Ökonomisierungsschub heben Schimank und Volkmann (2017) zwei Teilsysteme hervor, die bei einer vom Autorenteam befürchteten »fortschreitende[n] Erosion funktionaler Differenzierung« (ebd.: 157) besonders bedeutsam sind, weil ihre innersystemischen Ökonomisierungstendenzen Effekte auf die gesamte Gesellschaft haben: Politik und Journalismus. Sie haben diesen besonderen Status, weil sie Schimank und Volkmann zufolge als Gegenkräfte der Ökonomisierung gelten. Die Politik steht durch das Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit in einem funktionalen Antagonismus zum Ökonomisierungsdruck (s. Kapitel 11.3). Wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind politisch aber ein äußerst umkämpftes Terrain – ihre Gewährung musste historisch immer wieder aufs Neue durch den demokratisch ausgeübten Druck der Bevölkerung erzwungen werden. Im Zuge der Neoliberalisierung hat sich der Staat zunehmend zu einem »Konsolidierungsstaat« entwickelt, »für den die Kreditwürdigkeit bei den Gläubigern der alles andere überragende Gesichtspunkt des Handelns wird« (ebd.: 187). Die damit verbundene Sachzwanglogik, die sich etwa in einer austeritätspolitischen »Schuldenbremse« des deutschen Staates äußert, hat den Bewegungsspielraum für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen schrumpfen lassen. Das entstandene Ungleichgewicht im funktionalen Antagonismus gegenüber der kapitalistischen Dynamik rief jedoch nicht wie früher eine demokratische Gegenbewegung hervor. Grund sei das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit zu den sozialpolitischen Themen – hierfür wurden auch in dieser Arbeit Belege gefunden (s.o.).

Das Autorenteam geht keineswegs davon aus, dass journalistische Leistungsproduktion insgesamt an Umfang verloren hat. Vielmehr habe die Ökonomisierung des Journalismus »auf eine Entfesselung der journalistischen Leistungsproduktion hingewirkt: mehr Geldverdienen durch mehr Publikum!« (Ebd.: 188) Da sich eine Steigerung der Zahl Inkludierter dann als schwierig erweise, wenn ohnehin schon

7 Mit der Stärkung des kommerziellen Pols im journalistischen Feld geht nach Bourdieu eine Stärkung der kommerziellen Pole anderer Felder einher, da die mediale Aufmerksamkeit fehlende Anerkennung von Akteuren mit geringem feldspezifischen Eigenkapital kompensieren kann. Mit anderen Worten verbessert sich die Position eines Akteurs in Richtung des autonomen Pols, etwa der Wissenschaft, nur dadurch, dass er als *Medienintellektuelle**r Einschaltquoten generiert. (Vgl. Bourdieu 1998: 85, 112ff.).

alle Gesellschaftsmitglieder Rezipient*innen journalistischer Leistungen sind, sei eine Reichweitensteigerung nur möglich, wenn man die Quantität des Leistungsbezugs ausweite: »Und die wichtigste Antwort, wie man das bewerkstelligen kann, die zugleich die Gefährdung der journalistischen Standards benennt, lautet: Der Unterhaltungswert des Journalismus muss immer mehr gesteigert werden.« (Ebd.: 189)

Ganz ähnlich zu Bourdieus Intrusionseffekten sind den Autor*innen zufolge die nun veränderten Nachrichtenauswahlkriterien des Journalismus verantwortlich für die konsumorientierte Medialisierung der Politik (*Politainment*) sowie das Ausbleiben einer ideologiekritischen Gegenbewegung, die den Umbau des Wohlfahrtsstaats hätte verhindern können. (Vgl. Schimank/Volkman 2015, 2017: 188ff.) Hinweise auf die Plausibilität dieser Annahme finden sich etwa in den genannten Inhaltsanalysen zur veränderten Medienlogik, die die Tendenzen zur Kommerzialisierung dokumentieren (vgl. Karidi 2017; Meyen 2015).

Eine zentrale These dieser Arbeit lautet also, dass sich die teilsystemische Prägung des Journalismus deutlich in Richtung des kommerziellen Pols der Medienlogik verschoben hat. Es muss angenommen werden, dass die publizistischen Ansprechweisen immer häufiger zugleich auch ökonomische sind. Dadurch haben sich die Bedingungen für das journalistische Publikum verschlechtert, sich mithilfe der journalistisch hergestellten Öffentlichkeit zu sich selbst und damit zur Gesellschaft insgesamt ins Verhältnis zu setzen (s. Kapitel 10.4): *In der Bündelung der teilsystemischen Rollenerwartungen (horizontale Integration) gibt es nun ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten des Homo oeconomicus, sodass sich die Exklusionsindividualität zu einem subjektiven Gesellschaftsentwurf ins Verhältnis setzt (vertikale Integration), der sich für sie so darstellt, als wäre Soziales vor allem wettbewerbsförmig beschaffen.*

Genau in dieser Weise lässt sich sagen, dass neoliberale Subjektivierung tendenziell auf die gesamte Individualität einer Person zugreift, denn der universalistische Anspruch dieser Adressierung wird immer seltener durch andere teilsystemische Anrufungen eingehegt. Sofern dies zutrifft, ist das Denken und Handeln der Akteure in vielen Gesellschaftsbereichen einem Selbstdisziplinierungsregime unterworfen, das keine Stoppregeln in der Allokation eigener Ressourcen kennt und stets mit der Unsicherheitsbewältigung bei der Kalkulation von Eintrittswahrscheinlichkeiten beschäftigt ist. Unter solchen Bedingungen kann es keine Unbestimmtheitslücke geben.

12.4.4 Sozialpathologische Konsequenzen

Die neoliberale Vergesellschaftung nötigt dazu, Widersprüche der Sozialstrukturprägung und der Regierungsrationalität persönlich zu bewältigen:

»Unternehmerisch handelt man nur, sofern und solange man innovativer, findiger, wagemutiger, selbstverantwortlicher und führungsbewusster ist als die anderen. Die Beschwörung des Unternehmergeistes erweist sich somit als eine paradoxe Mobilisierung: Jeder soll Entrepreneur werden, aber wären es tatsächlich alle, wäre es keiner. [...] Es ist diese Kombination von allgemeiner Möglichkeit und ihrer selektiven Realisierung, welche die ökonomische Bestimmung unternehmerischen Handelns zum Fluchtpunkt individueller Optimierungsanstrengungen macht und zugleich jenen, die im täglichen Konkurrenzkampf unterliegen, die alleinige Verantwortung für ihr Scheitern aufbürdet.« (Bröckling 2016: 126)

Dass diese paradoxalen Anforderungen nicht spurlos an den Menschen vorübergehen, haben einige Beobachter*innen hervorgehoben. Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen psychische Erkrankungen (z.B. Burnout, Depression) als Folge der Vernutzung der körpereigenen Ressourcen (vgl. Fuchs/Iwer/Micali 2018; Neckel/Wagner 2013b; Ehrenberg 2008).

Vorgeschlagen wird, diese Diagnosen in eine übergeordneten Krisenbeschreibung zu rahmen, die als Problemkern die vorgestellten Mechanismen neoliberaler Invisibilisierung teilsystemischer Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse angibt, die Akteure unter bestimmten Voraussetzungen als Entgesellschaftung wahrnehmen. In dieser Problembeschreibung wird die Verbindung zu virulenten Sozialpathologien der Gegenwart freigelegt, die schon seit langer Zeit von Soziologie und Sozialphilosophie untersucht werden – ansatzweise auch in Zusammenhang mit Systemvertrauensfragen. Die Argumentation schließt an Honneths (2014) Verständnis von Sozialpathologien an, die Integrations- und Funktionsstörungen einer emergenten Sozialordnung in den Mittelpunkt rückt und die Symptome aus Freiheitsbeschränkungen ableitet, die sowohl die Gesellschaftsmitglieder (Sozialintegration) als auch die Gesellschaft (Systemintegration) betreffen (vgl. ebd.: 59). Ein psychologisch diagnostizierbares Leiden ist in dieser Definition keine notwendige Bedingung, um von einer Sozialpathologie sprechen zu können (vgl. ebd. 48). Nachfolgend sollen zwei zentrale Pathologien der Gegenwartsgesellschaft vorgestellt werden.

a) Die Krisensymptome resultieren aus dem kommodifizierungsbedingten Verlust von starken, sinnstiftenden Bindungen an soziale Strukturen (Ligaturen), den die Exklusionsindividualität nicht mehr auffangen kann. Gemeint ist das, was im Alltag als Gemeinschafts- und Solidaritätsverlust wahrgenommen wird. Eine aktivistische Reaktion auf diese Auflösungserscheinung stellt die Neigung zum *Autoritarismus* dar. Die Argumentation knüpft an das Autoritarismusverständnis der Autor*innen der *Leipziger Mitte-Studien* an (vgl. Decker 2015, 2018), die das ursprüngliche Konzept in der Forschungstradition der Kritischen Theorie nach Fromm und Adorno weiterentwickelt haben (vgl. Fromm 2016 [1941]; Adorno et al. 1950). Autoritäre Haltungen sind demnach vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Form kapi-

talistischer Gesellschaft zu betrachten. »Prothesensicherheit« (Decker 2018: 45) versprechende Projektionsflächen stellen sowohl personelle Autoritäten dar (*primärer Autoritarismus*), die Sehnsüchte nach einer starken Führungspersonlichkeit befriedigen, als auch idealisierte Wirtschaftsobjekte – in Deutschland etwa die prosperierende Wirtschaft der Nachkriegszeit bzw. das Heilsversprechen eines zukünftigen Wirtschaftswachstums (*sekundärer Autoritarismus*). Beide Autoritarismusformen werden beispielsweise anhand populistischer Parteien sichtbar, die zugleich politisch rechts als auch wirtschaftsliberal eingestellt sind.

Autoritarismus ist nach den Autor*innen ein dreidimensionales Konstrukt, das in den Subdimensionen *autoritäre Aggression*, *autoritäre Unterwürfigkeit* und *Konventionalismus* repräsentiert ist. In der *IfK-Trendstudie* wurden hohe Zustimmungswerte zu den Aussagen in den Dimensionen autoritäre Aggression sowie Konventionalismus gemessen (s. Tabelle 9). In der Dimension der autoritären Unterwürfigkeit waren zwei Drittel der Befragten der Ansicht, eine sichere Gesellschaft benötige starke Führungspersonen, den anderen beiden Aussagen dieser Kategorie standen die Befragten jedoch eher kritisch gegenüber. Die Häufigkeitsverteilung ist mit denen der *Mitte-Studien* vergleichbar (vgl. Decker/Brähler 2018a; Decker/Kiess/Brähler 2016, 2015).

Im Gegensatz zur sogenannten *Modernisierungsverliererthese* (vgl. Rippl/Seipel 2018), die soziale und ökonomische Deprivationserfahrungen als Randbedingung autoritärer, beispielsweise rechtspopulistischer bzw. -extremer Haltungen postuliert (in Bezug auf den Neoliberalismus vgl. z.B. Demirović 2018), kommt das Team rund um Decker ohne die Annahme widerstandsgeschwächter Individuen aus. Ganz im Gegenteil, sie betonen – wie die Governmentality Studies – den Moment der Freiwilligkeit der autoritären Unterwerfung: »Blicken wir auf die autoritäre Dynamik, sehen wir also nicht nur, dass sich Menschen für den Markt optimieren *sollen*, sondern auch, warum sie es selbst *wollen*.« (Decker/Brähler 2018b: 10; Herv. i. O.) Denn dort, »wo die ganze Kraft in die Erfüllung von Leistungsnormen gesteckt wird, herrscht doch offensichtlich keine Verunsicherung über die sozialen Normen, sondern Klarheit: Die Normen, denen man sich unterwirft, sind bekannt« (Decker 2018: 43).

Sekundärer Autoritarismus, verstanden als Marktradikalismus, weist demnach auf eine starke Internalisierung neoliberaler Regierungsrationaltäten hin – wobei diese Arbeit als zusätzliche Randbedingung den Verlust alternativer Sinnquellen angibt. Unterstellt wird also ein zirkulärer Prozess aus ökonomischer Unterwerfung, Bindungsverlust und einem darauffolgenden Aktivismus der vertieften Unterwerfung. Diese innerpsychische korrespondiert mit der äußeren Dynamik des Kapitalismus:

Tabelle 9: Autoritarismus

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
<i>Autoritäre Aggression</i> (M = 2,74; SD = 0,79; α = 0,76) *					
Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	16	31	31	17	6
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	38	33	18	8	3
Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	21	33	30	11	5
<i>Autoritäre Unterwürfigkeit</i> (M = 2,35; SD = 0,70; α = 0,69) *					
Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	27	39	22	8	4
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	7	24	39	24	6
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	5	21	37	31	6
<i>Konventionalismus</i> (M = 2,48; SD = 0,75; α = 0,76) *					
Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	27	35	25	9	4
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	13	28	37	15	6
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	6	26	41	21	5
<i>Autoritarismus</i> (M = 2,52; SD = 0,61; α = 0,83) **					

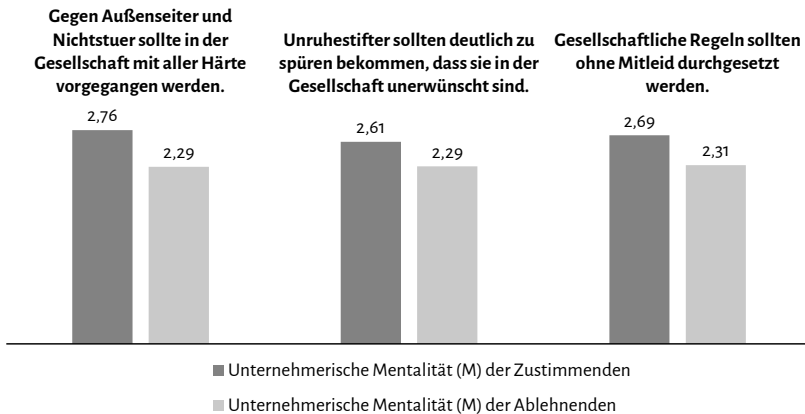
N = 954 – 983; Antworthäufigkeiten in Prozent; Indexberechnung: * mindestens 2 gültige Antworten pro Fall, ** mindestens 6 gültige Antworten pro Fall

»Die nicht enden wollende – und irgendwie auch nicht enden sollende – Akkumulationsdynamik des modernen Kapitalismus trifft das tiefliegende Verlangen der Menschen nach einer ewigen Zukunft. In seiner Prozesshaftigkeit des endlosen ›Weiter so!‹ bindet der Kapitalismus die psychischen Energien der Leute an sich, er fesselt sie in ihrer Angst vor dem Ende an seine zwanghafte Programmatik der

Grenzenlosigkeit: auf dass es immer weitergehen möge mit dem Leben, wie wir es leben.« (Lessenich 2016: 73f.)

Der angenommene Zusammenhang aus autoritärer Neigung und Marktradikalität deckt sich mit Befunden der *IfK-Trendstudie*: Im Vergleich zwischen Personen, die den Aussagen zur autoritären Aggression voll zustimmen oder eher zustimmen und Personen, die tendenziell ablehnend antworten, gibt es einen signifikanten Unterschied im Ausmaß ihrer unternehmerischen Mentalität in erwarteter Richtung (s. Abbildung 15).

Abbildung 15: Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst nach autoritärer Aggression



Items und Skalen: s. I und IX.1 bis IX.3 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antwortausprägungen gruppiert; dargestellten Mittelwerte signifikant verschieden (T-Tests)

Befragte, die sich eher mit dem unternehmerischen Selbst identifizieren können, sind auch in den beiden anderen Dimensionen autoritärer eingestellt – darüber geben signifikante mittelstarke Korrelationen Auskunft (Dimension autoritäre Unterwürfigkeit: $r = 0,30$, $p < 0,001$; Dimension Konventionalismus: $r = 0,23$, $p < 0,001$).

Im Rahmen der *IfK-Trendstudie* interessierte zudem, ob sich eine spezielle Form des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus identifizieren lässt. Das Erkenntnisinteresse wurde angeregt durch Beobachtungen einer zunehmend schwindenden Deliberationsqualität politischer Öffentlichkeiten, die auf eine Zunahme polarisierender, populistischer Kommunikation öffentlicher Akteure zurückgeführt wird. Die übergeordnete Annahme ist, dass fehlende Autonomie im Exklusionsbereich die Teilnahme an einer diskursiven Öffentlichkeit erschwert.

Die Operationalisierung der Items orientierte sich an den beiden Kerncharakteristika des Autoritarismus-Konstrukts, der aggressiven und unterwürfigen Facette. Items der Dimension *autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren* reflektieren ein antipluralistisches Öffentlichkeitsverständnis, das den Ausschluss von Meinungsabweichlern (Ingroup-Outgroup-Schema), Pressezensur sowie paternalistische Bevormundung am Öffentlichkeitsinput goutiert (s. Tabelle 10).

Tabelle 10: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
<i>Autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren (M = 2,24; SD = 0,70; α = 0,68)*</i>					
Wir sollten nicht länger alle abwegigen Haltungen tolerieren, die öffentlich geäußert werden dürfen.	12	29	29	14	16
Unruhestifter sollten aus den öffentlichen Debatten ausgeschlossen werden.	19	27	29	18	7
Es wäre besser für die Gesellschaft, einige Medien zu verbieten, die es derzeit gibt.	10	17	29	35	10
Manche Menschen sollten dazu verpflichtet werden, sich auf Basis bestimmter Medien zu informieren.	6	22	29	32	11
<i>Autoritäre Journalismusverständnis (M = 2,65; SD = 0,68; α = 0,69)*</i>					
Wir brauchen mehr Journalisten mit starker Haltung, damit die Gesellschaft vorankommt.	19	35	24	11	11
Journalisten sollten stärker als bisher eine Führungsrolle in der Gesellschaft einnehmen.	7	23	37	21	11
Wir brauchen Medien, die die Dinge endlich beim Namen nennen.	37	37	15	6	4
Guter Journalismus sagt eindeutig, was richtig und was falsch ist.	21	26	28	17	7
<i>Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus (M = 2,45; SD = 0,56; α = 0,73)**</i>					

N = 857 – 974; Antworthäufigkeiten in Prozent; Im Rahmen einer Hauptkomponentenanalyse konnte die angenommene Zweifaktor-Struktur bestätigt werden (Varimax-Rotation). Indexberechnung: * mindestens 3 gültige Antworten pro Fall, ** mindestens 6 gültige Antworten pro Fall

Die Dimension *autoritäres Journalismusverständnis* korrespondiert mit der Sehnsucht nach einer *epistemic authority* (vgl. Kruglanski et al. 2005), die an die Stelle komplexer und unsicherer Informationslagen eindeutige Weltansichten setzt. Items dieser Dimension reflektieren das Bedürfnis nach einem meinungsstarken Journalismus, der den eigenen, höchstpersönlichen Partikularinteressen dienen soll.

Die relativen Antworthäufigkeiten zu den Items des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus zeigen an, dass es offenbar ein Bedürfnis nach radikalen Formen der Komplexitätsreduktion gibt (s.a. Krüger/Seiffert-Brockmann 2018, 2019). Etwa die Hälfte der Befragten wünscht sich (eher) einen starken Journalismus, der moralisch eindeutige Urteile fällt. Drei Viertel der Teilnehmer*innen hat das Gefühl, dass offensichtliche Missstände in der Gesellschaft nicht vom Journalismus thematisiert werden – so können die Antworten auf die Aussage »Wir brauchen Medien, die die Dinge endlich beim Namen nennen« interpretiert werden. Einen restriktiven Umgang mit »abwegigen Haltungen« befürworten 40,8 Prozent der Befragten; für einen Ausschluss von »Unruhestiftern« aus öffentlichen Debatten sprechen sich 40,6 Prozent tendenziell aus. Wie beim herkömmlichen Autoritarismus weisen Personen mit ausgeprägter unternehmerischer Mentalität auch hinsichtlich des öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus signifikant höhere Mittelwerte auf (s. Abbildung 16). Es lassen sich keine Hinweise finden, dass der öffentlichkeitsbezogene Autoritarismus eine explizit rechtspopulistische Haltung abbildet. Im Vergleich der Gruppen, die auf Basis der politischen Selbstverortung erstellt wurden, gibt es keine signifikanten Mittelwertunterschiede – ganz im Gegensatz zum klassischen Autoritarismuskonzept: Mit zunehmender Orientierung nach rechts nimmt hier auch die autoritäre Neigung zu (s. Abbildung 17).

b) Neben der Tendenz zu einer aggressiven »Re-Integration« (Heitmeyer 2008: 581) als aktivistische Reaktion auf den wahrgenommenen Bindungsverlust lässt sich auch noch eine passive Reaktion ausmachen, die in der soziologischen Literatur unter dem Stichwort *Anomie* besprochen wird. Auf Basis einer Zusammenschau verschiedener Begriffsverständnisse destilliert Thome (2016) zwei Anomie-Dimensionen heraus:

»Auf der Ebene der Individuen geht es vor allem (a) um einen Mangel oder eine fehlende Konsistenz und Balance normativer (moralischer) Bindungen, wodurch abweichendes bzw. kriminelles Handeln befördert wird, sowie – mehr oder weniger stark damit verknüpft – (b) um Erfahrungen der Orientierungs- und Sinnlosigkeit, die Handlungskompetenzen mindern und Identitätskonstruktionen erschweren – jeweils mit Implikationen auch für das Sozialsystem.« (Ebd.: 275)

Angesichts der Dominanz des Wirtschaftssystems werden anomische Zustände in der Literatur oftmals in Zusammenhang mit ökonomischer Abhängigkeit besprochen. So gehen Messner und Rosenfeld (2009) in ihrer strukturfunktionalistischen *Institutionellen Anomietheorie* ebenfalls von einem wirtschaftlichen Primat in

Abbildung 16: Öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst;

Abbildung 17: Autoritarismus und öffentlichkeitsbezogener Autoritarismus nach politischer Selbstverortung

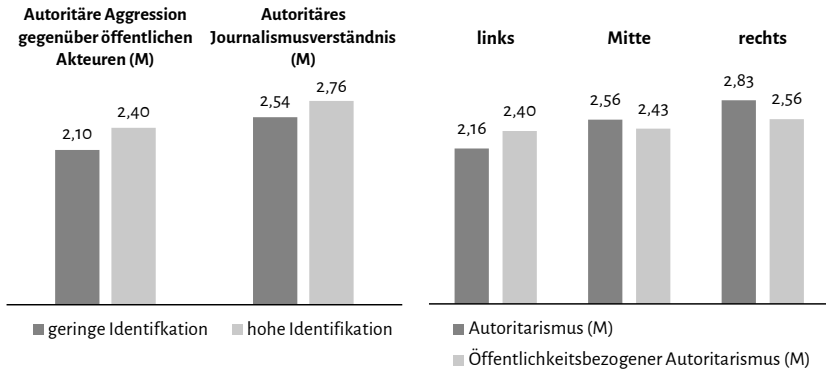


Abbildung 16: Items und Skalen: s. I und X im Anhang; Gruppenbildung via Median Split in hohe (N= 522) und geringe Identifikation mit dem unternehmerischen Selbst (N = 465); Gruppenunterschiede signifikant sowohl in Bezug auf die autoritäre Aggression gegenüber öffentlichen Akteuren ($t[885] = -6,52$; $p < 0,001$) als auch auf das autoritäre Journalismusverständnis ($t[903] = -4,94$; $p < 0,001$);

Abbildung 17: Items und Skalen: s. IX, X und XI im Anhang; politische Selbstverortung gruppiert in links (N = 154): (1) bis (3), Mitte (N = 648): (4) bis (8), rechts (N = 82): (9) bis (11); Autoritarismus ($F[2, 178,79] = 178,79$; $p < 0,001$) signifikant abhängig von politischer Selbstverortung (Welch-Test); Vergleichsgruppen innerhalb dieses Faktors signifikant verschieden (Dunnett-T3-Post-Hoc-Tests); Gruppenunterschiede im öffentlichkeitsbezogenen Autoritarismus dagegen nicht signifikant ($p > 0,05$)

der Gesellschaft aus, der ähnlich wie bei Schimank einen Ökonomisierungsdruck auf gesellschaftliche Institutionen ausübt, in der Folge nichtökonomische institutionelle Rollen entwertet werden und in Konflikt geraten mit aufoktroierten ökonomischen Rollen. Wirtschaftliche Normen – bei den Autoren insbesondere der American Dream – halten in immer mehr Lebensbereichen Einzug. Im Anschluss an Merton (1938) gehen sie davon aus, dass sich anomische Zustände durch Discrepanzen zwischen kulturell vorgegebenen Handlungszielen und zur Verfügung stehenden Mitteln der Zielverfolgung ergeben. Da die Ressourcen in der Zielerreichung höchst ungleich verteilt sind und zudem nichtökonomische Wertorientierungen verdrängt werden, ist das Anomieproblem ein gesellschaftsweites. (Vgl. Messner/Rosenfeld 2009; Messner 2004)

Die von Messner und Rosenfeld identifizierte Leitidee wirtschaftlichen Erfolgs unterscheidet sich von der neoliberalen Regierungsrationalität dadurch, dass ers-

tere im Prinzip erreichbar ist. Im Neoliberalismus hingegen bietet auch Markterfolg keine Sicherheit – der evolutionistische Wettbewerb fordert trotzdem ständiges Engagement. Das bedeutet, dass anomische Zustände im Neoliberalismus jede*n befallen können.

Im Rahmen der *IfK-Trendstudie* wurde eine Anomie-Skala von Gümüs et al. (2014) eingesetzt. Die Aussagen fanden jeweils bei etwa einem Drittel der Befragten Zustimmung (s. Tabelle 11).

Tabelle 11: Anomie

	(4) Stimme voll und ganz zu	(3)	(2)	(1) stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht
Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.	9	31	35	21	4
In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	7	26	39	24	4
Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass ich nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	7	26	37	25	5
Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß was los ist.	7	21	40	27	5
<i>Anomie</i> ($M = 2,17$; $SD = 0,77$; $\alpha = 0,89$) [*]					

N = 963 – 979; Antworthäufigkeiten in Prozent; Indexberechnung: ^{*} mindestens 3 gültige Antworten pro Fall

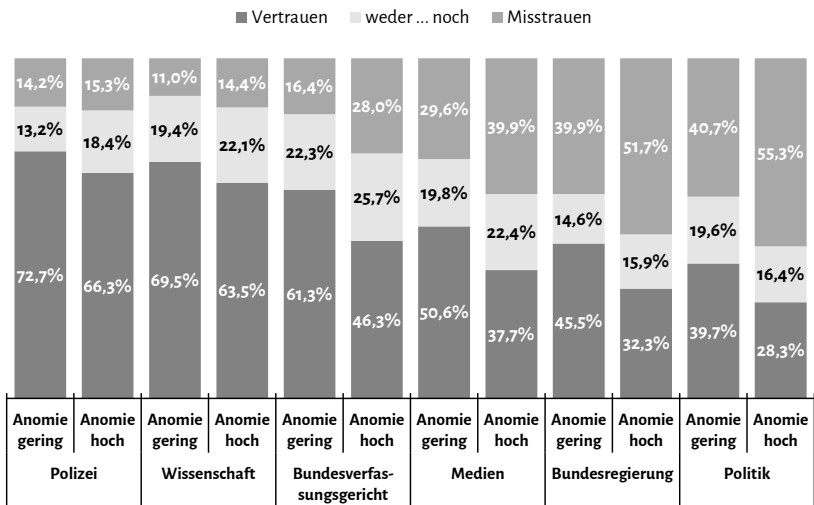
Thome schließt in seinem Verständnis unmittelbar an die Pionierarbeiten von Durkheim (2017) und Merton (1938) an, die die Auslöser für anomische Zustände der Individuen in kulturellen und sozialstrukturellen Wandlungsprozessen verorten.⁸ Es überrascht daher nicht, dass sich der Anomie-Begriff auch an einer Stelle in Luhmanns (2001) Vertrauensartikel findet, denn er hat das Systemvertrauensphänomen vor dem Hintergrund tiefgreifender sozialstruktureller Wandlungsprozesse besprochen. Luhmann notiert: »Wo es an Zuversicht [alias Systemvertrauen, Anm. d. Verf.] mangelt, gibt es ein diffuses Gefühl der Unbefriedigtheit und Entfremdung oder sogar der Anomie.« (Ebd.: 156) In seiner Vertrauensmonographie gibt er außerdem einen ebenso knappen Hinweis auf ein Gefühl des Ausge-

8 In der Sozialpsychologie wird das Phänomen ohne gesellschaftstheoretischen Kontext als *Anomia* untersucht.

liefertseins im Falle fehlenden Systemvertrauens (vgl. Luhmann 2009 [1968]: 64). Giddens hat ebenfalls Ohnmachtsgefühle beschrieben, die sich angesichts der latenten Bedrohungslage moderner Risikoproduktion einstellen können (s. Kapitel 3.3). Sowohl bei Luhmann als auch bei Giddens stehen die anomischen Zustände in Zusammenhang mit einer unhintergehbaren Systemabhängigkeit, die dann problematisch wird, wenn ein Akteur sie negativ evaluiert.

Hinweise auf die Beziehung zwischen negativer Leistungsevaluation und anomischen Zuständen geben die *IfK-Trendstudienresultate*. Das ›Vertrauen‹ in zentrale Institutionen (Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung) und Systeme (Wissenschaft, Medien, Politik) unterscheidet sich signifikant, je nachdem, ob ein anomischer Zustand erlebt wird oder nicht (s. Abbildung 18). Insbesondere bei der Leistungsevaluation der Medien gibt es eine deutliche Differenz: Während die Hälfte der Geringanomischen den Medien (eher) ›vertraut‹, sind es bei den Hochanomischen nur noch 37,7 Prozent.

Abbildung 18: Institutionenvertrauen in Abhängigkeit von Anomie



Items und Skalen: s. VI.2, VI.3, VI.4, VI.6, VI.7, VI.8 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; Vertrauens- bzw. Misstruens-Antwörhäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Anomie: Gruppenbildung via Median Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); Gruppenvergleiche in allen Fällen signifikant verschieden (T-Tests)

Im Unterschied zu den anderen Systemen gibt es beim Journalismus eine besondere Wechselwirkung zwischen Leistungsevaluation und Anomie. Angenommen wird, dass die neoliberale Diskreditierung nichtwirtschaftlicher Handlungs-

orientierungen einen teilsystemischen Bindungsverlust sowie eine allgemeine Orientierungslosigkeit zur Folge haben kann. Die Evaluation journalistischer Leistungen erfolgt dann aus einem Standpunkt allgemeiner Verunsicherung. Es liegt nahe, dass die Ursachensuche für den eigenen Zustand bei einer gesellschaftlichen Instanz Halt macht, die die Orientierungsfunktion zu ihren wichtigsten Leistungen zählt. Der *IfK-Trendstudie* zufolge finden sich anomische Personen in ihrer Orientierungslosigkeit vom Journalismus allein gelassen. Die Aussage »Die Medien kümmern sich nicht um die kleinen Leute« findet bei ihnen signifikant höhere Zustimmung als bei gering anomischen Personen (s. Abbildung 19). Gleichzeitig gibt es unter anomischen Bedingungen eine signifikant geringere Bereitschaft, sich mit komplexen (Berichterstattungs-)Themen auseinanderzusetzen (s. Abbildung 20).

Abbildung 19: Elitarismus-Vorwurf nach Anomie;

Abbildung 20: Misstrauensgrund Intransparenz nach Anomie

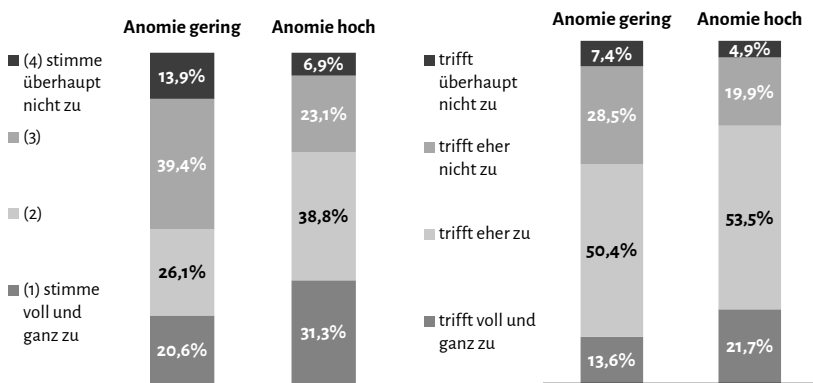


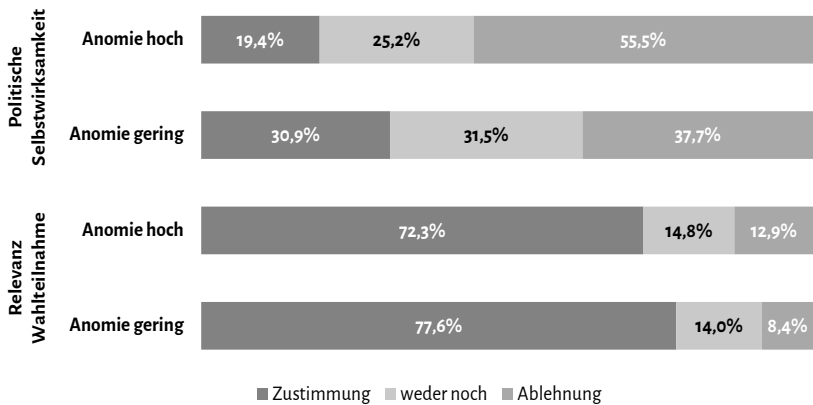
Abbildung 19: Items und Skalen: s. VIII.2 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; Gruppenbildung via Median-Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); signifikanter Gruppenunterschied ($t[925] = 6,62$; $p < 0,001$);

Abbildung 20: Items und Skalen: s. XII.3 bis XII.6 und XIII im Anhang; signifikanter Gruppenunterschied ($t[933] = 4,24$; $p < 0,001$)

Schlechte Bedingungen für eine aktive Teilnahme an deliberativer Öffentlichkeit sind zudem deshalb gegeben, weil anomische Zustände ein Gefühl der Ohnmacht implizieren, wie Luhmann und Giddens für Fälle fehlenden Systemvertrauens hervorgehoben haben. Teilnehmer*innen der *IfK-Trendstudie* mit anomischer Tendenz sind zugleich politisch depriviert: Befragte, die der Ansicht sind, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung ausüben können, neigen signifikant eher

zur Anomie (s. Abbildung 21).⁹ Dasselbe gilt für Personen, die eine Teilnahme an politischen Wahlen für unwichtig halten. Pyysiäinen, Halpin und Guilfoyle (2017) machen darauf aufmerksam, dass selbst dieser anomische Ohnmachtzustand im Sinne einer *learned helplessness* noch der neoliberalen Responsibilisierung dienlich sein kann.

Abbildung 21: Politische Selbstwirksamkeit und Relevanz Wahlteilnahme nach Anomie



Items und Skalen: s. III.3, III.4 und XII.3 bis XII.6 im Anhang; zustimmende und ablehnende Antworthäufigkeiten in der Darstellung zusammengefasst; Antwortskala pol. Selbstwirksamkeit umgekehrt; Gruppenbildung via Median-Split in Geringanomische (N = 502) und Hochanomische (N = 476); signifikante Gruppenunterschiede in Bezug auf pol. Selbstwirksamkeit ($t[963] = 6,12$; $p < 0,001$) und Relevanz Wahlteilnahme ($t[956] = -2,36$; $p < 0,05$)

Der aktivistischen wie passiven Reaktion auf den Verlust von Ligaturen ist gemein, dass sie auf lange Sicht zu einem Zustand der *Entfremdung* führen können (vgl. Schneider 2017; Henning 2015: 176ff.). Hierbei geht es um die letzte Stufe der Entgesellschaftung, einer *Beziehung der Beziehungslosigkeit* – gegenüber Systemen, Menschen und sich selbst (vgl. Jaeggi 2005).

9 Nach van Eimeren, Simon und Riedl (2017) gibt es auch Zusammenhänge zwischen der Einschätzung einer geringen politischen Einflussmöglichkeit – bei den Autor*innen Entfremdung genannt – und »Medienvertrauen«.